

nomischen Entwicklung eines bestimmten Gebiets bzw. der dort lebenden Menschen geleistet werden. »Dazu gehören Gemeinwesenökonomie ebenso wie soziale Ökonomie, solidarische Ökonomie oder feministische Ökonomie (...). Aber es gehört eben auch dazu, eine Bestandspflege der örtlichen Unternehmen zu betreiben und die Beschäftigungsfähigkeit und die Ausbildung der Menschen für diese Betriebe zu befördern« (Löhr 2004).

Bisherige Aktivitäten

- ReTra: Regionale Transferstellen zur Förderung selbstständiger Migranten in Nordrhein-Westfalen.
- Förderung lokaler Ökonomien im Rahmen des Programms ›Soziale Stadt‹.

Verbraucherschutz

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die in alle Handlungsfelder hinein spielt. Hier gilt es, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher hinsichtlich ihrer Information, ihrer Sicherheit, der Transparenz auf dem Markt und ihrer Wahlfreiheit weiter zu stärken. Nicht nur im Zusammenhang mit Wirtschaftspolitik und Seniorenwirtschaft, sondern auch beispielsweise bei Fragen nach sozialen Diensten für Ältere, Wohnungsbau und Infrastruktur muss der Verbraucherschutz Berücksichtigung finden. Die Besonderheiten des demographischen Wandels müssen in die verbraucherpolitische Gesamtstrategie des Landes eingebunden sein. Aufgabe des Verbraucherschutzes muss in erster Linie die Verbesserung der Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher z.B. beim Abschluss von Verträgen und Versicherungen für soziale Dienstleistungen sein. Zukünftig wird die Wohnberatung für ältere Menschen einen größeren Stellenwert einnehmen müssen. Parallel dazu müssen sich Informationspflichten der anbietenden Wirtschaft verbessern und mehr an den speziellen Bedürfnissen älterer Menschen orientieren. Die Auszeichnung von Produkten bereitet zum Teil älteren Menschen Probleme, so sind beispielsweise die Angaben auf Lebensmittelverpackungen oder Preisangaben schwer zu lesen, das Haltbarkeitsdatum zu klein oder Gebrauchsanweisungen zu unverständlich. Deshalb müssen unternehmerische Interessen und verbraucherpolitische Erfordernisse zusammengeführt werden.

Bisherige Aktivitäten

- Verbesserung der Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher im Rahmen der landesseitig geförderten allgemeinen Verbraucherberatung durch die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalens.

Handlungsoptionen

- Ausbau bzw. Weiterentwicklung vorhandener Beratungsangebote unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer unterschiedlicher Lebensverläufe.
- Verbraucherpolitische Flankierung von Gesetzgebungsvorhaben auf Bundesebene (wie z.B. Schaffung eines Verbraucherinformationsgesetzes, Reform des Versicherungsvertragsrechtes, Gesundheitsreform, Rentenreform etc.).

5. Soziale Leistungen und Dienste für eine sich wandelnde Gesellschaft

Die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft und die Chancen einer sich verlängernden Lebensphase jenseits der Erwerbsarbeit müssen genutzt werden. Damit sollte die soziale (z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten, Nutzung des Erfahrungspotenzials älterer Menschen) und kulturelle (Teilhabe am öffentlichen Leben in einer Informationsgesellschaft) Teilhabe von älteren Menschen gefördert werden; dazu können auch flexible Übergänge zwischen Erwerbs- und Nacherwerbsphase beitragen. Das Waren- und Dienstleistungsangebot sollte der differenzierten Nachfrage dieser Bevölkerungsgruppen angepasst werden (s. Seniorenwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, S. 32 und S. 33).

Eine wesentliche Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist jedoch eine angemessene soziale Absicherung breiter Bevölkerungsschichten auch unter veränderten demographischen Rahmenbedingungen.

Präventive Angebote sowie Maßnahmen der Früherkennung können in einer älter werdenden Gesellschaft dazu beitragen, das Risiko von Krankheit und Pflegebedürftigkeit zu begrenzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur erfordern es, die Angebote für kranke und unterstützungs- bzw. pflegebedürftige Menschen zu einem integrierten und qualifizierten Angebot sozialer Dienste für eine älter werdende Gesellschaft zu verknüpfen.

Ein solches Angebot sollte

- flächendeckend verfügbar sein, um wohnortnahe und ambulante Dienstleistungen sicherzustellen,
- für alle sozialen Gruppen finanzierbar sein und
- den kulturellen Spezifika (Religion, Lebensweise, sexuelle Orientierung etc.) verschiedener sozialer Gruppen angemessen sein.

Um ein solches integriertes Angebot an sozialen Diensten bei knappen verfügbaren Mitteln zu ermöglichen, müssen alle personellen Ressourcen erschlossen, unterstützt und qualifiziert werden. Das betrifft neben professionell erbrachten Dienstleistungen die Leistungen im Bereich von Familien und sozialen Netzwerken sowie der ehrenamtlichen Arbeit.

Unabhängig von der Trägerschaft, in der diese sozialen Dienste erbracht werden, muss eine Qualitätssicherung dieser Leistungen erfolgen.

Soziale Sicherung

Mit der Rentenreform 2001 sind wichtige Maßnahmen ergriffen worden, um die gesetzliche Rentenversicherung auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen einzustellen. Die langfristige Niveauabsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung soll durch den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Alterssicherung kompensiert werden. Dies wird durch deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung und steuerliche Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge (Riester-Rente) staatlich unterstützt. Mit den Reformgesetzen des Jahres 2004 (Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz, Alterseinkünftegesetz) wurde dieser Weg weiter beschritten.

Die Bedeutung einer zusätzlichen Altersvorsorge ist zwar weiten Bevölkerungsanteilen bekannt, gleichwohl stagniert der Absatz von förderfähigen Altersvorsorgever-

trägen auf niedrigem Niveau. Dies liegt u.a. an einer kaum zu überblickenden Produktvielfalt und den komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung hat eine im Jahr 2003 vom MGSFF durchgeführte Befragung von über 10.000 Betrieben ergeben, dass fast alle größeren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen über eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung verfügen, aber nur die Hälfte der kleinen Unternehmen.

Bisherige Aktivitäten

- Um den Bürgerinnen und Bürger, aber auch den Unternehmerinnen und Unternehmern Entscheidungshilfen zu geben, hat die Landesregierung im Rahmen der Landesinitiative ›Altersvorsorge Plus‹ gemeinsam mit verschiedenen Versicherungsanstalten mit dem ›Infonetz-Altersvorsorge‹ ein Angebot zur Verfügung gestellt, mit dem über das Internet oder per Telefon kostenfrei Informationen zur zusätzlichen Alterssicherung eingeholt werden können. Mit Broschüren zur betrieblichen wie privaten ergänzenden Altersvorsorge sowie mit dem Ausbau eines entsprechenden Internetangebotes wurde das Informationsangebot erweitert.
- Nach langen Verhandlungen haben sich Bund und Länder auf eine Organisationsreform in der Rentenversicherung verständigt. Die Landesregierung hat diese Reform wesentlich mitgeprägt und erreicht, dass die Arbeitsplätze bei den Versicherungsanstalten erhalten bleiben.

Handlungsoptionen

- Ein weiterer Schwerpunkt werden Maßnahmen zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge sein. Nur so können Lücken in der Altersvorsorge, die ansonsten durch Leistungen der sozialen Grundsicherung auszugleichen sind, vermieden werden.
- Darüber hinaus sind die Maßnahmen zur Information von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der zusätzlichen Altersvorsorge zu intensivieren:
 - zielgruppenorientierte Informationskampagnen (z.B. Frauen und Altersvorsorge),
 - Weiterentwicklung des Infonetzes Altersvorsorge,
 - Unterstützung von kleinen Unternehmen beim Ausbau der betrieblichen Altersversorgung (gemeinsam mit Tarifparteien und Verbänden),
 - reibungslose Umsetzung der Organisationsreform in der Rentenversicherung.

Gesundheitspolitik

Prävention und Gesundheitsförderung:

Entscheidend sind frühzeitige Interventionen vor allem im Kindes- und Jugendalter, den für Prävention und Gesundheitsförderung zentralen Lebensphasen. Es gilt außerdem, das Ausmaß gesundheitsriskanten Verhaltens noch weiter zu vermindern und solche Verhaltensweisen zu stärken, die das Risiko von Herz-Kreislauf-erkrankungen oder Krebserkrankungen verringern.

Gesundheitsversorgung:

Die langfristige Sicherheit der Gesundheitsversorgung verlangt eine Modernisierung des Gesundheitswesens mit dem Ziel einer deutlichen Qualitätsverbesserung und Ef-

fizienzsteigerung sowie die Stabilisierung der Finanzierungsbasis. Die bisherige Finanzierungsbasis ist der Herausforderung aus der demographischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt schon heute nur noch eingeschränkt gewachsen.

- Einführung einer Bürgerversicherung, über die langfristig alle Bürgerinnen und Bürger in der GKV versichert sein sollen. Parallel ist eine Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage anzustreben.
- Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft (z.B. Ausbau der Kapazitäten für geriatrische Versorgungsangebote).
- Weiterentwicklung gerontopsychiatrischer Versorgungsstrukturen: Ausbau von gerontopsychiatrischen Tageskliniken, Sensibilisierung und Qualifizierung bestehender Hilfesysteme.
- Verbesserung der ärztlichen Ausbildung/ Weiterbildung (Medizin des Alters und des alten Menschen).
- Unterstützung von Selbsthilfestrukturen.

Rehabilitation:

Die steigende Lebenserwartung, die Veränderung von Krankheiten und deren Behandlungsmöglichkeiten und die Veränderungen der sozialen Strukturen erfordern die Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Versorgungsangebote der medizinischen Rehabilitation, die gegenüber der Pflege Vorrang haben. Anzustreben ist die Schaffung bedarfsgerechter wohnortnaher Angebote im Bereich der medizinischen Rehabilitation in Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung.

Gesundheitswirtschaft:

(s. S. 32)

Bisherige Aktivitäten

- Gründung der Landesgesundheitskonferenz bzw. der kommunalen Gesundheitskonferenzen als einer Plattform für die Abstimmung und Zusammenarbeit aller wesentlichen Akteure im Bereich der Gesundheitspolitik.
- Initiierung von abgestimmten Maßnahmen (z.B. Präventionsprogramme) durch die Landesgesundheitskonferenz, durch kommunale Gesundheitskonferenzen und durch örtliche Pflegekonferenzen.
- Die Kapazitäten für geriatrische Versorgungsangebote wurden sukzessive ausgebaut.
- Modellhafte Förderung von fünf Einrichtungen zur geriatrischen Rehabilitation.

Handlungsoptionen

- Prävention für die Zielgruppe der älteren Menschen weiterentwickeln.
- Behandlungsangebote zielgruppenspezifisch ausrichten (z.B. in der Krankenhausplanung und der medizinischen Rehabilitation).
- Neue Versorgungsformen entwickeln und umsetzen (z.B. Disease-Management-Programme, Integrierte Versorgung, palliativmedizinische Angebote).
- Weiterentwicklung gerontopsychiatrischer Angebote.
- Aus-, Fort- und Weiterbildung der ärztlichen Berufe auf die künftigen Rahmenbedingungen einstellen.
- Sicherung bedarfsgerechter Fachkraftausbildungen im medizinischen Bereich.

Sport

Sport dient der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation, trägt zur Vermeidung von Isolation und Vereinzelung bei und steigert das Selbstwertgefühl Älterer. Bei älteren Menschen ist jedoch die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten bisher noch deutlich unterdurchschnittlich. Anzustreben ist eine

- Ausweitung gesundheitsbezogener Sportangebote,
- Ausweitung von Sportangeboten für Ältere,
- Ausschöpfung der Möglichkeiten des Sports zur sozialen Integration sowie zur Integration von Migrantinnen und Migranten,
- Anpassung der Sportstätteninfrastruktur an eine sich verändernde Bevölkerungsstruktur, Erschließung wohnnaher Spiel- und Bewegungsräume.

Bisherige Aktivitäten

- Die vom Land und dem Landessportbund NRW gemeinsam getragene ›Kampagne 2000 - Aktiv und bewegt älter werden in Nordrhein-Westfalen‹ hat zu diesem Thema eine breite öffentlichkeitswirksame Informationskampagne durchgeführt und das wohnortnahe Sportangebot für Ältere verbessert.

Handlungsoptionen

- Ein künftiger Schwerpunkt wird in der Bereitstellung attraktiver Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote für die ältere Generation bestehen. Dabei sollen neue Bewegungsräume für die Ältere erschlossen und Bewegungstreffs eingerichtet werden.
- Darüber hinaus sollen das ehrenamtliche Engagement gestärkt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterqualifiziert werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Angesichts der mit dem demographischen Wandel einhergehenden sozialen Veränderungen brauchen wir eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Gesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Bürgerschaftlichem Engagement kommt dabei eine große Bedeutung zu, denn soziale Strukturen, vor allem im Familienbereich, verändern sich und verlieren an Bindekraft, sie erfüllen nicht mehr die Aufgaben von früher. Beispiele: Bei steigender Erwerbstätigkeit von Frauen nimmt auch der Bedarf an außerfamiliärer Betreuung der Kinder zu. Genauso steigt der Bedarf an externer Pflegeunterstützung, wenn Pflegebedürftige nicht über Kinder verfügen oder diese (länger als bisher) berufstätig sind. In vielen Bereichen ergeben sich Einsatzfelder für das Ehrenamt oder vergrößert sich der Bedarf an ehrenamtlicher Mitarbeit.

Soziales oder gesellschaftliches Engagement entfaltet sich bei Älteren ebenso wie bei Jüngeren meist nicht im Selbstlauf. Es gibt zwar eine große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in die Gesellschaft einzubringen, sich einzumischen und Verantwortung zu übernehmen: Der 2. Freiwilligensurvey, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hat, hat ergeben, dass der Anteil der längerfristig ehrenamtlich oder freiwillig Engagierten in den letzten fünf Jahren um 2 Prozentpunkte auf 36% gestiegen ist. Sogar um 8 Prozentpunkte ist der Anteil der Engagementbereiten gestiegen.

Das vorhandene Engagementpotenzial wird also keineswegs ausgeschöpft. Ziel der Landesregierung ist es deshalb, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu verbessern.

Wichtige Aufgaben des Landes sind:

- den rechtlichen Rahmen gestalten und verbessern, Hürden abbauen, Risiken absichern
- finanzielle Zuwendung, z.B. für Modellprojekte
- Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Information und Schaffung eines engagementfreundlichen Klimas
- Empowerment: Alle Gruppen der Bevölkerung in die Lage versetzen, sich engagieren zu können
- Anerkennung und Wertschätzung vermitteln.

Bisherige Aktivitäten

- In 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen, hat das Land NRW vielfältige Aktionen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt und damit wichtige Impulse für seine Weiterentwicklung gegeben. Ein Höhepunkt war das Sommerfest ›Fest der Freiwilligen/Tag der Selbsthilfe am 25. August 2001.
- Im Wettbewerb ›NRW: Engagierte Menschen – Ich bin dabei!‹ konnten sich sozial engagierte Menschen, Initiativen und Verbände um Preisgelder in Höhe von insgesamt 40.000 DM bewerben. Auf dem Workshop ›Stärkung der Bürgerschaftlichen Engagements in NRW‹ am 26. September 2001 in Essen wurden Rahmenbedingungen zur Förderung der bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen diskutiert und Verabredungen zur Verbesserung getroffen.
- Ein nachhaltiges Ergebnis des Internationalen Jahres der Freiwilligen war der ›Landesnachweis NRW - Engagiert im sozialen Ehrenamt‹, der gemeinsam von den Trägerorganisationen des sozialen Ehrenamtes, von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen und dem Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie entwickelt und umgesetzt wird. Der Landesnachweis dokumentiert und würdigt soziales Engagement. Er soll insbesondere auch im arbeitsmarktlichen Kontext, z.B. bei Bewerbungen oder Beförderungen, hilfreich sein. Der Landesnachweis wird schrittweise auf andere Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements ausgeweitet (Innenministerium: 2003, Sport: 2005).
- Seit 2002 ist das Land Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Die Aktivitäten des Netzwerkes sind darauf ausgerichtet, die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu verbessern.
- Im Frühjahr 2004 hat das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie das Internetportal www.engagiert-in-nrw.de eingerichtet, das Adressen, Projekte, Arbeitshilfen und aktuelle Hinweise auf Veranstaltungen oder Aktivitäten im Ehrenamt in Nordrhein-Westfalen beinhaltet.
- Seit 1. November 2004 sind bürgerschaftlich Engagierte in Nordrhein-Westfalen über zwei Sammelverträge unfall- und haftpflpflichtversichert. Mit der Versicherung des Landes sollen bestehende Versicherungslücken geschlossen und Risi-

ken, die bürgerschaftlich Engagierte in ihrer Tätigkeit eingehen, aufgefangen werden.

- Eine Änderung im Zuwendungsrecht ermöglicht es seit 2004, bürgerschaftliches Engagement bei Zuwendungen als fiktive Ausgabe zu berücksichtigen.

Handlungsoptionen

Künftige Aufgabenschwerpunkte des Landes liegen im Bereich der Verbesserung der Rahmenbedingungen, der Anerkennungskultur sowie der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und in der Unterstützung von Akteuren, die das Engagementpotenzial, vor allem auch in der größer werdenden Gruppe aktiver Älterer, auszuschöpfen versuchen. Bürgerschaftliches Engagement wird als Querschnittsaufgabe themen- und bereichsübergreifend verstanden.

- Bürokratische Hemmnisse für das Engagement müssen identifiziert und abgeschafft werden.
- Landesgesetze sind daraufhin zu überprüfen, ob bürgerschaftliches Engagement einbezogen werden kann und entsprechende engagementfördernde Regelungen sind vorzusehen.
- Netzbildung auf allen Ebenen und zwischen allen Akteuren soll gefördert werden. Auf Landesebene soll eine Netzstruktur eingerichtet werden, die sich am trisektoral angelegten Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement orientiert. Auf kommunaler Ebene hat das Land beispielsweise mit der Modellprojektförderung von Freiwilligenagenturen entsprechende Strukturen unterstützt.
- Das Land gibt Impulse für das bürgerschaftliche Engagement in Kommunen und von Unternehmen und bietet eine Plattform für den Austausch.
- Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Alter setzt auf vier Ebenen an:
 - Individuumsbezogen: Die individuellen Bedürfnisse älterer Menschen sollen bei der Ausgestaltung des Ehrenamts verstärkt berücksichtigt werden.
 - Kooperationsbezogen: Förderung zur verbesserten Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.
 - Gemeinwesenbezogen. Entwicklung einer trägerübergreifenden öffentlichen Infrastruktur auf kommunaler Ebene zur Initiierung, Begleitung und Vermittlung von Bürgerengagement.
 - Gesellschaftsbezogen: Förderung freiwilligen Engagements an der Schwelle des Übergangs in den Ruhestand, Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Freiwilligenagenturen und Unternehmen.

6. Senioren- und Pflegepolitik

Mit einem wachsenden Bevölkerungsanteil von älteren Menschen wird sich auch ihre Zusammensetzung verändern; so ist von einem durchschnittlich höheren Bildungsgrad, von Erfahrungen im Umgang mit neuen Medien und von höheren Ansprüchen an Dienstleistungen, Sicherheit, Komfort etc. auszugehen. Unter den Seniorinnen und Senioren gibt es einkommensstarke Gruppen, die über Konsum, Reisen ihr relativ hohes Einkommen in die Wirtschaft einspeisen und zunehmend Ansprüche an Informationen, Dienste und Einrichtungen, Wohnungen und Wohnumfeld etc. haben.

Seniorinnen und Senioren, die aus ökonomischen Gründen nicht in der Lage sind, Grundbedürfnisse materiell abzusichern, bedürfen auch weiterhin der materiellen Grundabsicherung und qualifizierter Beratung; hierzu zählen die besonders Bedürftigen und die Wohnungslosen. Für hilfe- bzw. pflegebedürftige Ältere bedarf es wohnortnaher abgestufter Beratungs- und Hilfeangebote, die im Rahmen eines ›*case-managements*‹ professionell organisiert werden müssen.

Eine negative Beurteilung und Behandlung von Personengruppen auf Grund ihres Alters ist unsozial; zudem werden so gesellschaftliche Ressourcen verschwendet. Negative Altersbilder und negativ gefärbte Selbstbilder älterer Menschen werden dadurch verfestigt und gefördert. Nicht nur der Arbeitsmarkt ist ein Schauplatz derartiger Diskriminierungen; Ausgrenzungen und Benachteiligungen finden sich auch im Bereich der politischen und bürgerschaftlichen Partizipation, im Gesundheitswesen, bei Versicherungen und Banken, im Wohn- und Infrastrukturbereich, in der Weiterbildung sowie in den Medien.

Eine wachsende Zahl älterer Menschen darf nicht in erster Linie als Last wahrgenommen werden darf.

Erwerbsarbeit und nachberufliche Tätigkeit

Noch liegen auf vielen Feldern wertvolle Erfahrungen und Fähigkeiten Älterer brach. Das kann die Gesellschaft sich künftig immer weniger leisten. Sie muss den älteren Menschen einen angemessenen Platz im Arbeitsleben wie im sozialen Leben einräumen und sie zur aktiven Mitgestaltung motivieren. Zahlreiche Ältere sind freiwillig bürgerschaftlich engagiert, übernehmen Verantwortung in alten und in neuen Rollen und leisten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren des Gemeinwesens. Diese Entwicklung gilt es zu stärken und auszubauen; das erfordert

- Konzepte für die Eingliederung sowie Weiterbeschäftigung und Qualifizierung älterer Arbeitnehmer,
- fließende Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und nachberuflicher Tätigkeit,
- geeignete Rahmenbedingungen, die das bürgerschaftliche Engagement Älterer weiterentwickeln und verstetigen.

Bisherige Aktivitäten

- Nachberufliche Tätigkeitsfelder/ Bürgerschaftliches Engagement:
 - Zwischen Arbeit und Ruhestand -ZWAR e.V.
 - Erfahrungswissen Älterer für Initiativen - EFI
 - Aufbau von Freiwilligenagenturen

- Intergenerative Projekte: AWO Kindergartenarbeit Kreis Unna, Henrichshütte Hattingen

Handlungsoptionen

(s. folgenden Abschnitt)

Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben¹⁰

Die verbesserte materielle Sicherung älterer Menschen und die Fortschritte in der Medizin und der gesundheitlichen Versorgung sind wichtige Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben. Darüber hinaus bedarf es jedoch spezifischer Waren und Dienstleistungen sowie sozialer Dienste für ältere Menschen, die an den differenzierten Bedarf verschiedener Gruppen (Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund, Alter) angepasst sein müssen. Das beinhaltet

- abgestufte Dienstleistungen, die den Verbleib ›in den eigenen vier Wänden‹ unterstützen,
- eine altengerechte Stadt,
- neue Wohnformen/ Hausgemeinschaftsformen für Ältere,
- den Aufbau und Unterstützung sozialer Netzwerke für Ältere in Randgebieten und ländlichen Regionen,
- die Förderung der Seniorenwirtschaft (s. S. 33),
- die Vermittlung neuer Altersbilder (Medien, Schulbücher ..).

Bisherige Aktivitäten

- Aufbau von Projekten zur Unterstützung sozialer Netzwerke (Düsseldorf, Enger, Leverkusen), wissenschaftliche Auswertung der Auswirkungen sozialer Netzwerke (immateriell, materiell)
- ›Altengerechte Stadt‹ (Projekt in Planung).
- Inhaltliche Modernisierung und Weiterentwicklung von Begegnungsstätten unter besonderer Berücksichtigung der Zielgruppe Hochbetagter sowie gemeinwesenorientierter Handlungsoptionen.
- Modellprogramm ›Neue Wohnformen für ältere Menschen‹: Projektentwicklung und -begleitung neuer Hausgemeinschaftsformen.
- Migrant*innenprojekt Unna.
- Schwules Senioren- und Lesbenprojekt Köln.
- Weiterentwicklung komplementärer Dienste: Information und Vernetzung (Ahlen), soziale Netzwerke (Leverkusen), bürgerschaftliches Engagement und Qualifizierung (Herford).

Handlungsoptionen

- Verbesserung des Forschungsstandes über die Lebenslagen und Interessen der unterschiedlichen Gruppen von Seniorinnen und Senioren sowie zu intergenerativen Ansätzen.
- Vermittlung realistischer Altersbilder im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
- Stärkung von Senioren als Verbraucher/ Verbraucherschutz.

¹⁰ S. auch: Alter gestaltet Zukunft. Rahmenbedingungen und Leitlinien 2010.

- Bereitstellung von Strukturen zum Transfer Erfolg versprechender Konzepte (Öffentlichkeitsarbeit und Beratung von Kommunen, Träger, Unternehmen und ausgewählter Organisationen, Verbände etc. durch das Land).
- Weitere Förderung von Modellprojekten zur Erprobung Erfolg versprechender Konzepte und Arbeitsweisen, um die Voraussetzungen für die Verbesserung der Grundstrukturen (Rahmenbedingungen) zu schaffen.
- Weitere Schwerpunkte: Entwicklung Formen des bürgerschaftlichen Engagements im Sozialbereich, ganzheitlich orientierte, wohnortnahe Beratungsangebote und Vernetzung von Dienstleistungen, niedrigschwellige Bildungs- und Kommunikationsangebote im Gemeinwesen; Qualifizierung von Akteuren im Seniorbereich; Einbindung von Seniorinnen und Senioren in kommunale und wohnortnahe Entscheidungsprozesse etc.
- Controlling über durchgeführte Maßnahmen/ Projekte zur Überprüfung der tatsächlichen Zielerreichung.

Pflegepolitik

Mit der demographisch bedingten Erhöhung des Pflegebedarfs, mit einem Rückgang der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung und mit einem Rückgang der im Familienkontext erbrachten Pflegearbeit wird die Organisation und Finanzierung der Pflege zu einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Neben der Sicherung der Finanzierbarkeit stellt sich auf landespolitischer Ebene die Aufgabe,

- Prävention und geriatrische Rehabilitation zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit weiter zu entwickeln,
- den Vorrang der häuslichen Hilfeangebote in den Kreisen und kreisfreien Städten durch den weiteren Ausbau von entsprechenden Hilfeangeboten für Pflegebedürftige und zur Unterstützung der sie Pflegenden praktisch umsetzen,
- die Vernetzung staatlichen und gesellschaftlichen Handelns zu fördern,
- die Kooperation der hauptamtlichen, ehrenamtlichen Akteure mit den pflegenden Familienangehörigen und anderen Helfern/innen aus dem sozialen Umfeld von Pflegebedürftigen verbessern und weiter zu stärken,
- die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Hilfeangebote für Pflegeangebote und zur Unterstützung der Pflegenden und
- die Partizipation von Bürgern, ehrenamtlichen Helfern, Selbsthilfegruppen und Betroffenenverbänden zu unterstützen.

Bisherige Aktivitäten

- Unterstützung von Initiativen und Selbsthilfegruppen bei der Entwicklung neuer Wohnformen für alte und/oder pflegebedürftige Menschen.
- Förderung neuer Wohnformen für ältere Menschen (durch das MSWKS).
- Qualitätssicherung selbstgewählter Wohnformen für Seniorinnen und Senioren durch das ›NRW-Qualitätssiegel Betreutes Wohnen‹.
- Anerkennung und modellhafte Förderung niedrigschwelliger Hilfeangebote.
- Novellierung des Landespflegegesetzes zur Sicherung der Modernisierung bestehender Pflegeeinrichtung und zum weiteren Ausbau des Angebots an Pflegeeinrichtungen und Diensten.

- Qualitätssicherung der stationären Altenhilfe durch das Projekt ›Referenzmodelle‹, bei dem in einem dreijährigen Modellversuch in zwanzig Pflegeheimen *best-practice*-Lösungen erarbeitet, die anschließend Orientierungsmöglichkeiten für das Qualitätsmanagement in allen anderen stationären Pflegeeinrichtungen bieten und den Vertragsparteien gleichzeitig rationale Grundlagen für den Abschluss von Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen liefern sollen.
- ›Landesinitiative Demenz-Service NRW‹: Förderung von 7 Demenz-Service-Zentren als regionale Anlauf- und Informationsstellen für alle Probleme, die mit demenziellen Erkrankungen verbunden sind; Modellhafte Förderung innovativer Formen der Betreuung Dementer in der eigenen Häuslichkeit durch das MGSFF (in Kooperation mit den Spitzenverbänden der Pflegekassen) und die Stiftung für Wohlfahrtspflege des Landes NRW.

Handlungsoptionen:

- Weiterentwicklung der Informationsangebote für Pflegebedürftige und ihren Angehörigen.
- Weiterentwicklung der kommunalen Pflegeplanung.
- Förderung präventiver Maßnahmen durch eine Stärkung der vorpflegerischen Infrastruktur auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte.
- die Schnittstellen zwischen gesundheitlichen, pflegerischen und sozialen Hilfeangeboten gestalten.
- der bedarfsgerechte Ausbau der Einrichtungen und Dienste der Pflege, insbesondere für demenziell erkrankte Pflegebedürftige sowie zur Unterstützung und Stärkung der Pflegebereitschaft der häuslich Pflegenden.
- die vorausschauende und ausreichende Förderung der Ausbildung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflege.
- die Stärkung der Motivation von Jugendlichen (insbesondere mit Migrationshintergrund) für eine Ausbildung in den Pflegeberufen.
- die Sicherung der Beschäftigung älterer Pflegefachkräften bis zum 65. Lebensjahr.
- die systematische Nutzung des in den hohen Teilzeitquoten der Pflegebelegschaften schlummernden Arbeitspotenzials in der Fachpflege.
- die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements in den Einrichtungen und Diensten der Pflege zur Stärkung der Arbeitszufriedenheit und damit zur Verringerung der Fluktuation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altenpflege.
- der weitere Ausbau niedrigschwelliger Hilfeangebote zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger und anderer pflegender Personen im sozialen Umfeld Pflegebedürftiger.
- eine Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements; Zusammenspiel professioneller, familiärer und ehrenamtlicher Kräfte, Entwicklung einer engagementfreundlichen Infrastruktur.
- die Förderung der Anleitung familiärer und der Qualifizierung freiwilliger Helfer insbesondere in niedrigschwelligen Hilfeangeboten.
- die Erprobung neuer Konzepte der Qualitätssicherung für Einrichtungen und Dienste der Pflege und
- die Weiterentwicklung der sozialen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

7. Stadt- und Regionalpolitik, Wohnungsbau und Infrastruktur, innere Sicherheit
Familienfreundliche Wohn- und Lebensbedingungen in Stadt und Land sollen mittelfristig dazu beitragen, dem demographischen Wandel entgegenzusteuern. Verbesserte Wohn- und Lebensverhältnisse für Migrantinnen und Migranten sowie erweiterte Möglichkeiten der Partizipation können zudem Prozesse der sozialen Integration unterstützen.

Die Sicherung vergleichbarer Arbeits- und Lebensbedingungen im Stadtraum bzw. in Stadt und Umland soll der sozialräumlichen Polarisierung und der Umlandwanderung entgegenwirken; zugleich muss kurzfristig den negativen Folgen von Segregation begegnet werden. Schließlich müssen die insbesondere im städtischen Bereich zu erwartenden Schrumpfungsprozesse so gestaltet werden, dass die Lebensqualität der verbleibenden Bevölkerung zumindest erhalten bleibt.

Schrumpfende Städte, Umlandwanderungen und rückläufige Haushaltsgrößen führen zu einem erhöhten Flächenbedarf, zu erhöhten Verkehrs- und Transportaufwänden und einem erhöhten Energieverbrauch pro Einwohner. Das bewirkt eine fortschreitende Zersiedelung und Zerschneidung des Landes; Flächenversiegelung, Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Belastung durch Lärm und andere Emissionen in Luft und Wasser steigen.

Die Wohnungs-, Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote sind an den Bedarf einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen. Das beinhaltet:

- eine flächendeckende Versorgung von älteren Menschen mit Gütern und Dienstleistungen,
- eine Anpassung des Wohnungsangebots,
- eine Anpassung der Verkehrsinfrastruktur,
- die Verfügbarkeit kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen,
- eine flächendeckende Gewährleistung öffentlicher Sicherheit.

Während in Wachstumsphasen die städtische und regionale Entwicklung über die Instrumente der räumlichen Planung gesteuert werden konnte, kann das mancherorts erforderliche Management von Schrumpfungsprozessen nur im Rahmen einer ›integrativen Stadt- und Regionalentwicklungspolitik‹ erfolgen: »Aufgabe von Planung und Politik wird es daher sein, Verständigungsprozesse zu organisieren, die ein abgestimmtes, konzeptionell orientiertes Handeln ermöglichen« (ILS 2002:29).

Regional- und Stadtpolitik

Zur Bewältigung des strukturellen bzw. des demographischen Wandels ist eine stärkere regionale Koordination von Strategien geboten. Für eine regionsbezogene Planung bzw. ein regionales Konfliktmanagement sind unterschiedliche Vorgehensweisen zu kombinieren: »Formen der freiwilligen interkommunalen Kooperation; Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, das heißt z.B. Verankerung von Kooperationspflichten als Voraussetzung von Fördermittelvergabe; ›harte‹ regulative Planung mit Rechtssicherheit schaffender Rahmensetzung bzw. Regulierung ernster Konflikte« (ebd.). Steuerungsmöglichkeiten des Landes bestehen zudem, wenn die Vergabe von Zuschüssen und Fördermitteln an interkommunal abgestimmte Entwicklungskonzepte gebunden wird. Auch Regionalräte oder die Einführung regionaler Flächennutzungspläne können solche Abstimmungsprozesse unterstützen.

- Auf regionaler Ebenen ist sicherzustellen, dass eine flächendeckende Versorgung von älteren Menschen mit Gütern und Dienstleistungen gewährleistet ist; das impliziert auch die Sicherung der Nahversorgung in Randlagen sowie kleinen und ländlichen Gemeinden.
- Attraktivierung von Innenstädten, Stadtmarketing, weitere Beschränkung von großflächigem Einzelhandel, Wiedernutzung brach liegender, innenstadtnaher Flächen, Wohnungsneubau auf innerstädtischen Standorten, Umnutzung bzw. Rückbau von ungenutzten Handelsflächen, Leerstandsmanagement.
- Boden- und Flächenmanagement, Grundstücksfonds, um innerstädtische Brachflächen neu zu nutzen und den Flächenverbrauch einzudämmen.
- flexible Nutzung von kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen durch verschiedene Altersgruppen; multifunktionale Einrichtungen.
- Stadtteilpolitik zielt auf eine Förderung der lokalen Ökonomie, eine Förderung der Bürgerbeteiligung, auf eine Stärkung sozialer Netzwerke und des sozialen Zusammenhalts, auf eine verringerte Fluktuation und auf eine Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes.
- Zur Steigerung der städtischen Attraktivität sind Maßnahmen zu entwickeln, die eine integrierte Handhabung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Fragen sicherstellen und eine qualitativ hochwertige und gesunde städtische Umwelt zum Ziel haben. Sie sollten dem europäischen Leitbild der kompakten Stadt folgen und einer weiteren Suburbanisierung und der Bildung von ›Zwischenstädten‹ entgegenwirken, damit eine klare Stadt-Land-Struktur erhalten bleibt.
 - Projekte für ökologisches und familienfreundliches Wohnen (z.B. Mehrfamilien-Passivhäuser) in den Innenstädten sollten verstärkt gefördert werden.
 - Der Verdichtung der Bebauung in bestehenden Siedlungen muss gegenüber der Erschließung neuer Flächen der Vorzug gegeben werden. Die Umwandlung von Landwirtschafts-, Wald-, Grün- und Erholungsflächen in Gebäudeflächen muss erschwert werden. Die Einführung einer Flächenumwandlungsabgabe oder handelbarer Flächenzertifikate als Steuerungsinstrument sollte erwogen werden.
 - Die Energiestandards für Einfamilienhäuser sollten weiter angehoben werden, die Verwendung nachwachsender Rohstoffe (Holzhäuser) im Baugewerbe gefördert werden.

Bisherige Aktivitäten

- Stadtmarketing der 2. Generation: Ziel ist es insbesondere, die Grundeigentümer, aber auch Hotellerie und Gaststättengewerbe mit in die Verantwortung für die Entwicklung der Innenstädte zu nehmen. Hierzu dienen insbesondere die Programmteile ›Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG), Leerstandsmanagement sowie touristisch bezogenes Marketing‹.
- Stadtumbau West: Hier gilt es, die Städte und Stadtteile an die künftig veränderte Bevölkerungssituation und den wirtschaftsstrukturellen Wandel anzupassen und somit auf den Nachfragerückgang im sozialen, kulturellen und gewerblichen Bereich zu reagieren. In den Jahren 2002 und 2003 wurden in NRW drei Modellvorhaben in Oer-Erkenschwick, Gelsenkirchen und Essen begonnen.
- Regionale Einzelhandelskonzepte: Städte und Gemeinden einer bestimmten Region bemühen sich unter dem Druck der demographischen und wirtschaftsstruk-

turellen Veränderungen darum, zur Vermeidung eines ruinösen Wettbewerbes verbindliche Verabredungen im Hinblick auf den weiteren Flächenzuwachs im Einzelhandel zu treffen.

- Gemeinschaftsinitiative ›Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW‹: Hier geht es darum, in enger Zusammenarbeit der unterschiedlichen Initiativgruppen in Verantwortung der beteiligten Kommunen Attraktivität, Nutzungsvielfalt, Urbanität und Lebendigkeit in den nordrhein-westfälischen Innenstädten zu steigern. Im Mittelpunkt steht dabei die Verbindung von Freizeitgestaltung, Entertainment, Kommunikation, Kultur und Erlebniskauf in den Innenstädten und Einkaufsstrassen.
- Forum Bahnflächen NRW: Die Landesregierung unterstützt die Städte und Gemeinden darin, brach gefallene Gewerbe-, Verkehrs- oder Militärfächen für neue Nutzungen aufzubereiten und stellt Städtebaufördermittel für den kommunalen Zwischenerwerb und die Baureifmachung und Erschließung solcher Flächen bereit.
- Soziale Stadt: Mit dem ressortübergreifenden Handlungsprogramm ›Soziale Stadt NRW‹ ist es gelungen, die Abwärtsspirale in problembelasteten Stadtteilen zu stoppen, die Lebenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner wieder zu stabilisieren und die soziale und ethnische Integration aller gesellschaftlichen Gruppen voranzubringen.
- Grundstücksfonds: Bereits seit 1980 kümmert sich der Grundstücksfonds um die Wiedernutzbarmachung industrieller Altstandorte.

Handlungsoptionen

- Stadtumbau West: Im Sommer 2004 wurde eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land NRW zum Stadtumbau West unterzeichnet. Mit den nun von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mitteln sollen Städte und Gemeinden, die in besonderem Maße von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen sein werden, in die Lage versetzt werden, diesen Entwicklungen entgegen zu wirken. Hier gibt es bereits jetzt ein großes Interesse bei den Kommunen in NRW, vornehmlich im Ballungsraum Ruhr.
- Stadtmarketing der 2. Generation: Die Immobilien- und Standortgemeinschaften werden derzeit zunächst im Rahmen eines Modellversuches (bis zu 20 Kommunen) getestet. Sollten die dabei gemachten Erfahrungen positiv sein, ist die Fortsetzung dieses Programmteils außerhalb des Modellversuches geplant.
- Die Unterstützung des Landes für das Zustandekommen von regionalen Einzelhandelskonzepten sowie im Rahmen von ›Ab in die Mitte‹ soll fortgesetzt werden.
- Forum Bahnflächen NRW: Die Landesregierung beabsichtigt, in Kooperation mit der Deutschen Bahn AG ein weiteres Flächenpaket im Bahnflächenpool der BEG zu vereinbaren.
- Soziale Stadt: Das Programm ›Soziale Stadt‹ wird konsequent weiter stadtteilspezifisch umgesetzt, insbesondere werden neue Partnerschaften entwickelt, um den aktuellen und zukünftigen Problemen wirkungsvoll zu begegnen und Bewohner und Akteure in den Stadtteilen zur aktiven Mitgestaltung anzuregen.
- Grundstücksfonds: Die Wiedernutzbarmachung industrieller Altstandorte bleibt auch bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen und bei einer fortschreitenden Al-

terung der Bevölkerung ein wichtiges städtebauliches und ökologisches Ziel. Dabei ist allerdings Wert darauf zu legen, dass auf den Brachflächen zu schaffende Wohnraumangebote nicht mehr nur auf die Bedürfnisse junger Familien abstellen, sondern vermehrt auch auf lebensältere Kundenkreise.

Wohnungspolitik

Wohnungspolitisch muss unterschiedlichen regionalen Marktgegebenheiten Rechnung getragen werden. Dabei erhält die sozial- und siedlungspolitische Rolle der Wohnungspolitik ein weiter wachsendes Gewicht.

Wohnraum ist kein Gut wie jedes andere. Es ist in hohem Maße ein soziales Gut, dass für alle verfügbar und bezahlbar sein muss. Moderne Wohnungspolitik muss außerdem den baulichen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen an unsere Lebenswelt gerecht werden. Es gilt, die Balance zwischen Erneuerung, Innovation und Veränderung auf der einen Seite und Zusammenhalt, Kontinuität und sozialem Ausgleich auf der anderen Seite zu halten.

Wohnungspolitische Aufgaben sind daher vor allem

- bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen,
- für sicheres Wohnen (soziales Mietrecht) zu sorgen,
- die Qualität der Bestände durch Modernisierung und Aufwertung zu verbessern,
- marode Bestände durch Neubau zu ersetzen,
- für große Wohnungen für Familien und Wohngemeinschaften im Alter zu sorgen,
- ein aktives Baulandmanagement einzurichten, um in den Städten brachliegende gewerbe- und Militärflächen sowie locker bebaute Altbausiedlungen mit hohem Nachverdichtungspotential zu aktivieren,
- Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung zu ergreifen.

Bisherige Aktivitäten

- Novellierung von Bundesrecht (Mietrecht, Wohngeldgesetz, Rückführung der Eigenheimzulage).
- Wohnraumförderung.

Das Wohnraumförderungsprogramm 2004 fördert schwerpunktmäßig das selbstgenutzte Wohnungseigentum sowie Mietwohnungen in unterschiedlichen Förderkonzepten. Außerdem sind Mittel für die investive Bestandsförderung, für die Aufbereitung von Brachflächen und für Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung vorgesehen. D.h. im Einzelnen

- schwerpunktmäßige Förderung von städtischen Standorten,
- intensivere Förderung des Wohnens in den Ballungskernen,
- Bestandsförderung: Maßnahmen zur Modernisierung und Aufwertung,
- Förderung von Wohnprojekten ›Gemeinschaftliches Wohnen für ältere und behinderte Menschen‹ als Reaktion auf die wohnungspolitische Herausforderung der immer älter werdenden Gesellschaft,
- Zusatzdarlehen für die Aufbereitung von Brachflächen.

Handlungsoptionen

- Erfüllung des sozialen Versorgungsauftrages: Wohnungspolitik muss auch künftig dafür sorgen, dass das Wohnen insbesondere für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bezahlbar und sicher bleibt.

- Anpassung der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen: Ein wichtige Entscheidungsparameter für Investoren sind die steuerlichen Rahmenbedingungen. Angesichts veränderter Marktperspektiven und der begrenzten Steuerbarkeit und Mängel dieser Subventionen ist deren Reform vordringlich.
- Konsequente Markt- und Nachfrageorientierung: Objektive und verlässliche Informationen und Daten über die Wohnungsmärkte sind für eine erfolgreiche Wohnungspolitik und auch für den Erfolg von Unternehmen und Investoren am Wohnungsmarkt unerlässlich.
- Flexibilisierung und Dezentralisierung der Eingriffe und Hilfen: Staatliche Eingriffe in und staatliche Hilfen für die Wohnungsmärkte sind heute nicht mehr zielführend. Es ist zunehmend ein regional oder sogar örtlich differenziertes Handeln geboten. Städte und Gemeinden sollen daher künftig mehr Verantwortung für die örtliche und regionale Wohnungspolitik erhalten.

Infrastruktur

a) Verkehr

Mobilität ist für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen als Grundlage für Produktivität, Wachstum und Beschäftigung, aber auch für die Lebensqualität unverzichtbar. Die Verkehrsinfrastruktur ist integraler Bestandteil der Wirtschaftsregionen des Landes und bildet eine funktionale Voraussetzung zur Gestaltung des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens.

Eine Beurteilung der möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf diesen Bereich bedarf einer nach Entfernung, Verkehrsträger und regional differenzierten Betrachtung:

- Anzunehmen ist, dass aufgrund eines wachsenden Welthandels und der Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den neuen Mitgliedstaaten der Fern- und insbesondere Güterfernverkehrs kontinuierlich zunehmen wird.
- Individuelles Mobilitätsverhalten ist mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft. Anforderungen an Flexibilität bestimmen ebenso wie Kosten für Mobilität, den Umfang von Fahrleistungen. Die Szenarien für die individuelle Jahresfahrleistungen reichen dabei von einer weiteren Steigerung, die die Folgen der demographischen Entwicklungen aufhebt, bis hin zu einer Abnahme der Jahresfahrleistung, die – verknüpft mit dem Rückgang der Bevölkerung – zu einer Senkung der Inanspruchnahme von Verkehrsinfrastruktur führt.
- Der demographisch bedingte Anstieg älterer, nicht erwerbstätiger Menschen wird vermutlich zu einer Entspannung bei den Tagesspitzen im Verkehr führen.
- Rückläufige Schülerzahlen und ein verändertes Mobilitätsverhalten – Menschen nutzen in immer höherem Alter noch ihr eigenes Auto – werden zu quantitativen, ein geändertes Freizeitverhalten zur qualitativen Veränderungen bei der ÖPNV-Nachfrage führen.
- Parallel zum demographischen Wandel sich vollziehende Wanderungsbewegungen werden regional zu unterschiedlichen Be- und Entlastungen der Verkehrsinfrastruktur führen.

Für den Fernverkehr ist davon auszugehen, dass die Anforderungen an die Fernverkehrsnetze in den Bereichen Straße und Schiene sowie Binnenschifffahrt und Luft-

fahrt wahrscheinlich weiter steigen werden. Die bestehende Infrastruktur ist daher in Brennpunkten weiter auszubauen, Lückenschlüsse sind vorzunehmen und vor allen Dingen gilt es, die bestehende Infrastruktur für kommende Generationen zu erhalten.

Insbesondere für den städtischen Verkehr gilt es, auch bei z.T. zurückgehender Inanspruchnahme bestehende Verbindungen aufrecht zu erhalten. Folglich steigen die spezifischen Kosten für Bau, Erhalt und Unterhaltung im Bezug auf die erbrachte Verkehrsleistung. Für den ÖPNV ist festzustellen, dass bereits heute die kommunalen Aufgabenträger in erheblichem Umfang die nicht gedeckten Betriebskosten des kommunalen ÖPNV finanzieren (der Kostendeckungsgrad liegt derzeit im Schnitt bei ca. 68 %). Diese Situation wird sich durch weiteres Wegbrechen traditioneller Nutzergruppen – wenn keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden – weiter verschärfen.

Bisherige Aktivitäten

- Diese Entwicklungen bestätigen die Notwendigkeit, die Verknüpfung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern weiter zu optimieren. Ziel muss es sein, jeden Verkehrsträger im Hinblick auf seine Eignung zu optimieren und wo erforderlich und sinnvoll, Voraussetzungen für eine kombinierte Nutzung zu schaffen.
- Insbesondere im Rahmen der Integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) wird untersucht und bewertet, wie die Einzelbeiträge der verschiedenen Verkehrsträger im Zusammenspiel wirken und somit den Mobilitätsbedarf auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden demographischen Entwicklung am besten befriedigenden können. Ergebnis des IGVP-Arbeitsprozesses wird ein umfassender Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan sein.

Handlungsoptionen

Im Bereich der Straßenverkehrs:

- Enpassbeseitigung und Lückenschlüsse im überörtlichen Straßennetz, insbesondere im Rhein-Ruhr-Raum durch Ausbaumaßnahmen.
- Bau von Ortsumgehungen zur Erhöhung der Sicherheit und zur Entlastung von Siedlungsbereichen.
- Erhöhung der Sicherheit von 22 Tunneln bei Bundesfern- und 7 Tunneln bei Landesstraßen.

Im Bereich des Schienenverkehrs:

- Weiterer Ausbau der Schieneninfrastruktur.
- Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen an Bahnhöfen in NRW.
- Förderung von Innovationen für Vertrieb und Information.
- Fortführung von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung im SPNV.
- Verbesserung der Mobilitätsinformationen: Mit dem "Ruhrpilot" wird eine ruhrgebietsweite Datenzentrale geschaffen. Zum ersten Mal entsteht in einer Städte-landschaft ein den Kfz-Verkehr und den öffentlichen Nahverkehr umfassender Verkehrsdatenverbund. Er liefert Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Kommunen umfassende und detaillierte Mobilitätsinformationen und sorgt dadurch für eine effektive Auslastung von Straße und Schiene, eine optimale Verknüpfung von Pkw, Bus und Bahn und mehr Mobilität im gesamten Ruhrgebiet.

b) Ver- und Entsorgungssysteme

Die bestehenden abfallwirtschaftlichen Planungs- und Steuerungsmechanismen berücksichtigen den demographischen Wandel. Durch das abfallrechtlich verankerte Fortschreibungsgebot für Abfallwirtschaftspläne in Verbindung mit jährlichen Abfallbilanzen und kontinuierlichen Marktbeobachtungen ist sichergestellt, dass Auswirkungen demographischer Entwicklungen zeitnah erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können.

Die Bevölkerungsentwicklung findet über das spezifische Pro-Kopf-Abfallaufkommen Eingang in die Abfallmengenprognosen der Abfallwirtschaftspläne, wobei die jeweils aktuelle Bevölkerungsprognose Nordrhein-Westfalen des LDS einfließt.

Die Änderung der Altersstruktur könnte Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft haben, die derzeit nicht abschätzbar sind, gleichwohl zu beobachten bleiben.

Im Hinblick auf die wasserwirtschaftliche Infrastruktur spielt der prognostizierte Bevölkerungswandel nur eine untergeordnete Rolle.

Innere Sicherheit

Die demographischen Veränderungen können punktuell mit einer Veränderung der objektiven Sicherheitslage einhergehen. Bedeutsam ist auch, wie die örtliche Situation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen subjektiv wahrgenommen wird.

- Die Entstehung von ›Angsträumen‹ ist zu verhindern:
 - Eine bedürfnisgerechte Gestaltung des urbanen Raums soll ›Angsträumen‹ und Verwahrlosungstendenzen entgegenreten; eine gefahrenabwehrende Videoüberwachung kann im öffentlichen Raum zu einer Verbesserung der Sicherheit bzw. des Sicherheitsempfindens beitragen.
 - Da sich die Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit für verschiedene Bevölkerungsgruppen (z.B. Junge und Ältere, Männer und Frauen) ganz unterschiedlich darstellt, erscheinen Bürgerbefragungen zum Sicherheitsempfinden sinnvoll.
- Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und anderen sozialen Verantwortungsträgern in Ordnungspartnerschaften und kriminalpräventiven Gremien kann intensiviert werden; zu prüfen sind auch neue Zusammenarbeitsformen mit privaten Sicherheitsunternehmen.
- Auch eine Verbesserung des derzeitigen Sanktions- und Interventionssystems kann zur Erhöhung der inneren Sicherheit beitragen. Dazu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz, Jugendgerichtshilfe und Jugendämtern.

Bisherige Aktivitäten

- Flächendeckende Zusammenarbeit der Polizei mit anderen sozialen Verantwortungsträgern.
- Einrichtung eines Landespräventionsrates, der die Präventionsbemühungen koordiniert.
- landesweite Zielvereinbarungen mit den Polizeibehörden zur Bekämpfung der (Jugend-) Kriminalität.
- Entwicklung des Instruments der Kundenbefragung für alle Kreispolizeibehörden (Bürgerbefragungen im örtlichen Bereich).

- Das Polizeigesetz ermöglicht im erforderlichen Maße die Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Handlungsoptionen

- Der gesamtgesellschaftliche Ansatz zur Kriminalitätsbekämpfung muss weiter ausgebaut werden.
- Die Zusammenarbeit in Präventionsgremien und Ordnungspartnerschaften ist zu intensivieren.
- Die Kriminalprävention ist stärker als bisher im Städtebau zu berücksichtigen, evtl. durch gesetzliche Planungsvorgaben einzufordern.

8. Öffentliche Finanzen

Die Möglichkeiten des Landes NRW, den Ursachen des demographischen Wandels entgegenzusteuern, die damit verknüpften Gestaltungschancen zu nutzen und die zu erwartenden Probleme zu lösen, werden wesentlich von der finanziellen Situation des Landes bestimmt; aber auch sie bleibt von den demographischen Veränderungen nicht unbeeinflusst.

Steueraufkommen

Das gesamte Steueraufkommen wird – ausgehend von dem derzeitigen Steuerrecht und vom Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Altersversorgung – bis 2015 nur geringfügig vom sozialen Wandel betroffen.

Das Aufkommen aus der Einkommensteuer, der aufkommensmäßig bedeutendsten direkten Steuer, wird bei dem Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Altersversorgung ab 2005 durch die größere Zahl der Steuerpflichtigen längerfristig höher ausfallen als bei einer Besteuerung nach der alten Rechtslage. Im Betrachtungszeitraum bis 2015 wird das Einkommensteueraufkommen jedoch durch die umfangreichen Übergangsregelungen gemindert. Aufkommenserhöhende Effekte können demgegenüber von einer Erhöhung des Renteneintrittsalters ausgehen.

Die unternehmensbezogenen direkten Steuern (Gewerbsteuer, Körperschaftsteuer) zeigen eine günstige Aufkommensentwicklung an, die kaum von der demographischen Entwicklung berührt ist.

Die indirekten Steuern (Umsatzsteuer, spezielle Verbrauchssteuern) sind ebenfalls wenig alterungssensibel.

Bisherige Aktivitäten

In der Steuerpolitik sind vor allem im vergangenen Jahr wichtige Schritte beschlossen worden, die sich künftig positiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken werden. So sind verschiedene Maßnahmen zum Abbau bisheriger steuerlicher Sondervergünstigungen und damit zur Verbreiterung der Steuerbasis ergriffen worden. Mittelfristig sind auch aus den Tarifsenkungen der vergangenen Jahre positive Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen und damit auch wieder höhere Steuereinnahmen zu erwarten. Das Alterseinkünftegesetz mit seiner Regelung der nachgelagerten Besteuerung von Altersbezügen wird langfristig zur Stabilisierung des Steueraufkommens beitragen. Weitere steuerliche Maßnahmen, die zu Mehreinnahmen führen sollen, sind in Angriff genommen worden (z.B. Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs).

Handlungsoptionen

Um negativen Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Steueraufkommen entgegen zuwirken, bedürfte es steuererhöhender Maßnahmen (z.B. Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, Streichung von Subventionstatbeständen, Erhöhung der Steuersätze). Dies ist, wegen der ohnehin in Deutschland bestehenden Abgabenbelastung, jedoch problematisch. Ein Lösungsansatz muss daher auf der Ausgabenseite gesucht werden.

Versorgungslasten

Aufgrund der Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst in den siebziger Jahren und aufgrund der höheren Lebenserwartung wird die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bis zum Jahr 2016 von etwa 140.000 (2004) um etwa 54 % auf etwa 215.000 und dann weiter (um etwa 73 % ggü. 2004) bis zum Jahr 2030 auf dann rd. 241.800 ansteigen. Die Ausgaben des Landes für die Beamtenversorgung insgesamt werden von ca. 4,1 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf rd. 6,5 Mrd. Euro im Jahr 2016 und rd. 7,15 Mrd. Euro im Jahr 2027 ansteigen (jeweils in Preisen von 2004).

Bisherige Aktivitäten

Seit 1992 sind insbesondere durch das BeamtVGÄndG (1989), das Dienstrechtsreformgesetz (1997), das Versorgungsreformgesetz (1998), das Gesetz zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse (2000) sowie durch das Versorgungsänderungsgesetz (2001) bzw. durch landesrechtliche Folgeregelungen zahlreiche dienst- und versorgungsrechtliche Änderungen erfolgt. Die auf längere Sicht die Ausgaben für die Beamtenversorgung spürbar senken werden. Wesentliche Punkte dieser Reformen waren:

- Linearisierung und Streckung der Ruhegehaltsskala.
- Verminderung des Ruhegehalts bei Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze.
- Aufbau einer Versorgungsrücklage.
- Schrittweise Absenkung des Versorgungsniveaus (Höchstruhegehaltssatz von 75 % auf 71,75 %).
- Reduzierung des Witwen-/Witwergeldes von 60 % auf 55 %.
- Verminderung der Zahl der vorzeitigen Zurruesetzungen durch Hinzuziehung eines Zweitgutachters.
- Absenkung der jährlichen Sonderzuwendung für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auf i.d.R. 37 %.

Handlungsoptionen

- Versorgungsrechtliche Maßnahmen (z.B. Absenkung des Höchstruhegehalts; weitere Absenkung der Sonderzuwendung; Erhöhung des Pensionseintrittsalters)
- Dienstrechtliche Maßnahmen (z.B. Erschwerung der Frühpensionierung).
- Personalwirtschaftliche Maßnahmen (z.B. Personalabbau durch Beschleunigung des Abbaus von kw-Vermerken und Absenkung der Zahl der Neueinstellungen; Verzicht auf strukturelle Verbesserungen).
- Finanzielle Vorsorgemaßnahmen (z.B. finanzielle Vorsorge durch Einrichtung eines ergänzenden Kapitalstockes – nach derzeitigen Überlegungen monatlich 500 Euro für jede Neueinstellung).

Neben einer weiteren Absenkung der Versorgung entweder durch gezielte Eingriffe in bestimmte Tatbestände (z.B. Anrechnungszeiten) in Bundesgesetzen oder durch eine lineare Absenkung des Versorgungsniveaus und/oder einer Erhöhung des Pensionseintrittsalters sind hier die Vorschläge der Regierungskommission ›Zukunft des öffentlichen Dienstes-Öffentlicher Dienst der Zukunft‹ zu erwähnen. Nach den Vorstellungen dieser Kommission soll zukünftig auf den Beamtenstatus gänzlich verzichtet werden. Damit einhergehend werden ein neues Bezahlungssystem und ein geändertes System der Altersversorgung vorgeschlagen. Die Altersversorgung für

die Staatsangestellten neuer Art soll auf ein teils sozialversicherungsrechtliches und teils kapitalgedecktes System umgestellt werden.

Eine Entlastung des Versorgungshaushaltes ist selbst bei kurzfristiger Umsetzung auf absehbare Zeit nicht zu erwarten, da sich Änderungen aus Verfassungsrechtlichen Gründen schwerpunktmäßig auf die Neueinstellungen beziehen würden.

Allgemeine Haushaltslage

Die haushaltswirtschaftliche Situation des Landes begrenzt die Möglichkeiten des Landes, finanzielle Freiräume, die durch die demografische Entwicklung entstehen, für zusätzliche Aufgaben zu nutzen.

Die Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen ist derzeit in schwierige ökonomische und finanzpolitische Rahmenbedingungen eingebettet. Durch die wirtschaftliche Stagnation der vergangenen Jahre und durch Steuersenkungen sind die Steuereinnahmen des Landes drastisch zurückgegangen. Nur durch tief greifende Konsolidierungsmaßnahmen konnten die Ausgaben des Landes auf dem bisherigen Niveau gehalten werden.

Die haushaltswirtschaftliche Situation wird sich auch mittelfristig nicht entspannen. Es gilt die jährliche Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Nach den Ergebnissen der Finanzplanung wird das Land selbst bei restriktivsten Ausgabensteigerungen im Jahre 2008 noch Neuschulden in Höhe von 3,1 Mrd. € aufnehmen müssen.

Langfristig strebt die Landesregierung eine Rückführung der jährlichen Neuverschuldung auf Null an. Das Erreichen dieses Zieles setzt voraus, dass auch über einen längeren Zeitraum hinaus der eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent weiterverfolgt wird. Da langfristig die Steuereinnahmen allenfalls moderat anwachsen werden, die Ausgabeseite jedoch durch zwangsläufige Mehrausgaben belastet wird (Zunahme des Stuververbundes bei Steuermehreinnahmen, steigende Zinsausgaben und Mehrausgaben für Versorgungsempfänger), muss über die Verwendung in Aussicht stehender Demographiegewinne immer auch mit Blick auf Demographiebelastungen und die Konsolidierung des Haushalts entschieden werden.

IV. Analyse der demographischen Entwicklung

1. Geburtenentwicklung und deren Ursachen

Die demographische Entwicklung geht auf drei sich überlagernde Prozesse zurück: auf die Entwicklung der Geburtenzahlen, auf Wanderungsprozesse (Zu- und Abwanderung bzw. Binnenwanderung) und schließlich auf die Veränderungen in der Lebenserwartung von Männern und Frauen.

a) Entwicklung der Geburtenziffern

Die Geburtenzahlen sind in Deutschland über einen langen Zeitraum hinweg rückläufig.

Abb. 1: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 - 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl



Daten: Statistisches Bundesamt

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2004: Bevölkerung. Fakten – Trends – Ursachen – Erwartungen, Wiesbaden, S. 21

Ein erster Einbruch der Geburtenzahlen wird im frühen 20. Jahrhundert erkennbar. Im zweiten Zwischenbericht der Enquête-Kommission demographischer Wandel hieß es dazu: »Bereits in den 20er Jahren wurde in Deutschland erstmals das Bestandserhaltungsniveau unterschritten, und es wurde von keiner Frauengeneration fortan wieder erreicht. In Deutschland verlief also der demographische Übergang verhältnismäßig früh und schnell, nämlich vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts« (1998:31). Ein weiterer Rückgang, bei dem

das so genannte Bestandserhaltungsniveau deutlich unterschritten wurde, setzt mit dem Beginn der siebziger Jahre ein.

Aus der Perspektive der kohortenspezifischen Kinderzahlen (endgültige Kinderzahl) wird erkennbar, dass die Kinderzahlen der verschiedenen Geburtenjahrgänge von Frauen sehr gleichmäßig zurückgehen. Das lässt zum einen darauf schließen, dass man es mit einem Bündel von Einflussfaktoren zu tun hat, die in ihrer Überlagerung einen solchen gleichmäßigen Verlauf hervorbringen. Zum anderen wird erkennbar, dass man es mit einem langfristig wirksamen Prozess des Geburtenrückgangs zu tun hat.

Tab. 1: Indikatoren der Geburtenentwicklung 1950-2001

Jahr	Lebend-geborene insgesamt	davon:						Zusammen gefasste Geburtenziffer ²⁾ je Frau
		ehelich	nicht-ehelich	1. Kind ¹⁾	2. Kind ¹⁾	3. Kind und weitere ¹⁾	Mutter Ausländerin	
	abs.	%						
Früheres Bundesgebiet								
1950	812.835	90,3	9,7	-	-	-	-	2,10 ³⁾
1960	968.629	93,7	6,3	39,2	28,0	26,5	0,6	2,37
1970	810.808	94,5	5,5	39,6	30,1	24,8	7,0	2,02
1980	620.657	92,4	7,6	45,0	31,7	15,7	15,0	1,44
1990	727.199	89,5	10,5	42,4	31,6	15,5	14,0	1,45
1995	681.374	87,1	12,9	40,8	31,8	14,5	17,7	1,34
1996	702.688	86,3	13,7	40,1	31,6	14,7	18,4	1,39
1997	711.915	85,7	14,3	39,3	31,5	14,9	18,6	1,44
1998	682.172	84,1	15,9	38,1	31,2	14,7	18,6	1,41
1999	664.018	82,3	17,7	37,0	30,9	14,4	18,5	1,41
2000	655.732	81,4	18,6	36,5	30,7	14,1	19,0	1,38 ⁴⁾
Ehemalige DDR/Neue Länder und Berlin-Ost								
1950	303.866	87,2	12,8	-	-	-	-	-
1960	292.985	88,4	11,6	36,5 (41,2)	25,6 (27,7)	26,3 (31,1)	-	2,33
1970	236.929	86,7	13,3	38,2 (44,3)	27,3 (29,8)	21,2 (25,9)	-	2,19
1980	245.132	77,2	22,8	40,1 (53,9)	29,9 (35,5)	7,2 (10,6)	-	1,94
1989	198.922	66,4	33,6	29,3 (45,9)	27,8 (37,9)	9,3 (16,2)	-	1,56
1992	88.320	58,2	41,8	23,3	23,3	11,6	2,9	0,83
1994	78.698	58,6	41,4	24,7	22,6	11,3	3,9	0,77
1995	83.847	58,2	41,8	25,0	22,6	10,7	4,0	0,84
1996	93.325	57,6	42,4	25,1	22,1	10,4	4,2	0,95
1997	100.258	55,9	44,1	24,3	21,7	9,9	4,2	1,04
1998	102.862	52,9	47,1	23,1	20,3	9,4	4,0	1,09
1999	106.726	50,1	49,9	21,5	19,5	9,0	4,4	1,15
2000	111.267	48,5	51,5	20,5	19,6	8,5	4,7	1,22 ⁴⁾
Deutschland								
1991	830.019	84,9	15,1	40,8	29,8	14,4	13,0	1,33
1995	765.221	83,9	16,1	39,1	30,8	14,1	16,2	1,25
1996	796.013	83,0	17,0	38,3	30,5	14,2	16,8	1,31
1997	812.173	82,0	18,0	37,4	30,3	14,3	16,8	1,37
1998	785.034	80,0	20,0	36,1	29,8	14,0	16,7	1,36
1999	770.744	77,9	22,1	34,9	29,3	13,6	16,6	1,36
2000	766.999	76,6	23,4	34,2	29,1	13,3	16,9	1,36 ⁴⁾

Daten: Statistisches Bundesamt - Geborenenstatistik

¹⁾ Erste, zweite, dritte und weitere gemeinsame Kinder der Ehepaare in Prozent aller Lebendgeborenen, in Klammern: erste, zweite, dritte und weitere Kinder der Frauen in Prozent aller Lebendgeborenen

²⁾ Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der 15- bis 44-jährigen Frauen

³⁾ Früheres Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin-West

⁴⁾ Vorläufige Angabe aus: Council of Europe 2001 - = Information nicht vorhanden

Quelle: Familien im Spiegel der amtlichen Statistik, aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>)

Diese Trendbeschreibungen gehen auf durchschnittliche Geburtenziffern zurück. Für eine genauere Beschreibung müssen diese jedoch differenziert werden.

Verteilung der Kinderzahlen

Der Rückgang der durchschnittlichen Geburtenziffern drückt sich in einer recht unterschiedlichen Entwicklung der Verteilung der Kinderzahlen aus.

Tab. 2: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 1940 bis 1965 geborenen Frauen

Geburtsjahr	Frauenanteil mit ... Kindern ¹				Mittlere Kinderzahl je Frau %	Anteil geschwisterlos gebliebener Erstkinder ²⁾
	0	1	2	3 und mehr		
Früheres Bundesgebiet						
1940	10,1	23,6	39,4	27,0	1,97	26,2
1945	13,3	26,9	39,4	20,4	1,78	31,1
1950	14,9	27,2	39,5	18,5	1,70	31,9
1955	19,4	24,3	38,5	17,8	1,62	30,1
1960	23,3	21,6	37,4	17,8	1,57	28,1
1965	31,2	-	-	-	1,48 ³	-
Ehemalige DDR/Neue Länder und Berlin-Ost						
1940	8,9	33,2	47,4	10,5	1,98	36,4
1945	8,5	33,0	47,7	10,8	1,86	36,1
1950	8,0	29,3	49,6	13,1	1,79	31,9
1955	6,0	25,7	53,7	14,6	1,82	27,3
1960	10,6	20,7	54,0	14,8	1,77	23,1
1965	26,4	-	-	-	1,57 ³	-

Daten: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Dorbritz/Gärtner 1995: 373; Roloff/Dorbritz 1999: 21); eigene Berechnungen

¹ Schätzung anhand der lebend geborenen Kinder der Frauenjahrgänge nach Rangfolge innerhalb der Ehe; von den nichtehelich geborenen Kindern wurden 50 Prozent als erste, 40 Prozent als zweite und 10 Prozent als dritte Kinder gezählt.

² Dieser entspricht dem Anteil der Frauen mit mehr als einem Kind an allen Frauen mit Kindern.

³ Vorläufige Angabe aus: Council of Europe 2001

- = Zahl nicht vorhanden

Quelle: Familien im Spiegel der amtlichen Statistik, S. 74, aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>)

Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil von Frauen mit drei und mehr Kindern deutlich zurückgegangen; der Anteil von kinderlosen Frauen hat sich demgegenüber zwischen den Geburtsjahrgängen 1940 und 1960 mehr als verdoppelt. Der Anteil von Frauen mit ein und zwei Kindern hat sich nur geringfügig verändert.

In den neuen Bundesländern steigt der Anteil der kinderlosen Frauen, bleibt jedoch erheblich unter den Werten der alten Bundesländer. Entgegen dem Trend in den alten Bundesländern ist der Anteil der Frauen mit zwei bzw. drei und mehr Kindern zunehmend.

Über die Kinderlosigkeit von Männern liegen nur wenige Daten vor. Nach den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) liegt 2001 der Anteil der Kinderlosen bei den Männern geringfügig über dem der Frauen. Es wird jedoch ein deutlicher Ost-West-Unterschied erkennbar.

Tab. 3: Anteil der Kinderlosen nach Bundesgebiet (Ost/ West)

Kinderlose	Bundesgebiet	
	West	Ost
Männer bis 45	55,4	45,8
Frauen bis 45	42,5	30,4
Männer ab 46	16,9	11,1
Frauen ab 46	16,2	8,0

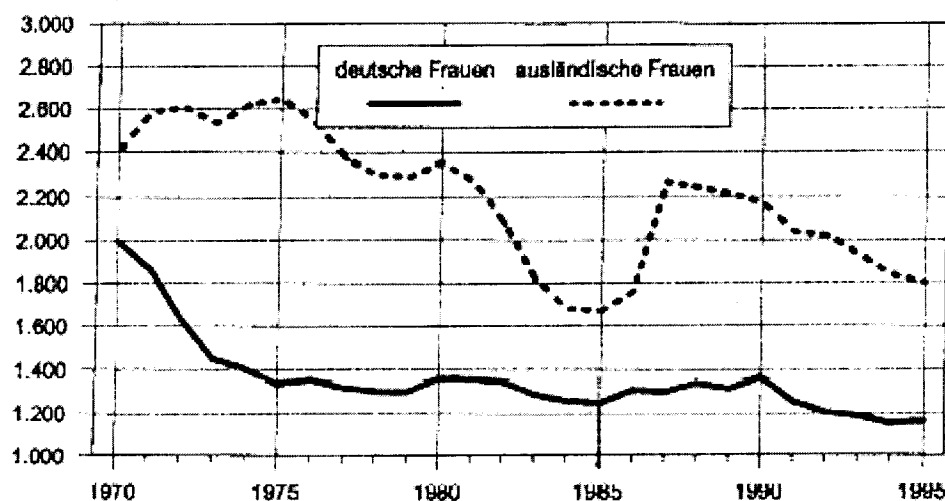
Quelle: Schmitt (2004), S. 12

Diese Daten decken sich bei den Männern mit den im Alterssurvey 1996 angegebenen Zahlen, bei den Frauen kommt der Alterssurvey jedoch zu einem deutlich geringeren Anteil von kinderlosen Frauen (Kohli et al. 2000:87¹).

Geburtenziffern und Kinderlosigkeit in verschiedenen sozialen Gruppen und Regionen

Die durchschnittlichen Geburtenziffern von Frauen mit deutscher und anderer Staatsangehörigkeit unterscheiden sich erheblich. Tendenziell sind jedoch auch die Geburtenziffern der Frauen ohne deutsche Staatsbürgerschaft rückläufig.

Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffern der deutschen und ausländischen Frauen – Früheres Bundesgebiet bzw. ab 1991 Deutschland



Daten: Statistisches Bundesamt, Lebendgeborene je 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren
Quelle: Enquetekommission 1998: 34

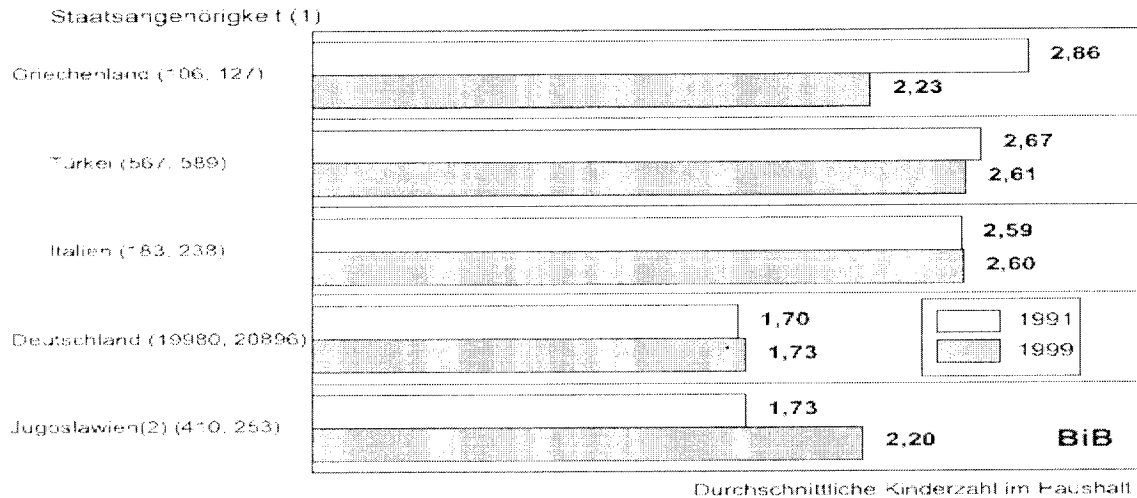
Näherungsweise kann dies auch über die durchschnittlichen Kinderzahlen von Ehefrauen wiedergegeben werden.

¹ Zit. nach Familie im Spiegel der amtlichen Statistik 2003, S. 74

Tab. 4: Durchschnittliche Zahl der Kinder in Haushalten von Ehefrauen im Alter von 35 bis 39 Jahren nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Abb. 12: Durchschnittliche Zahl der Kinder in Haushalten von Ehefrauen im Alter von 35 bis 39 Jahren nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, Deutschland, 1991 und 1999

Fig. 12: Mean number of children in households of 35- to 39-year old wives by selected nationality, Germany, 1991 and 1999



1) Zahlen in Klammern - Fallzahlen 1991, 1999

2) Ohne Slowenien

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Mikrozensus BiB

1) Zahlen in Klammern: Fallzahlen 1991, 1999

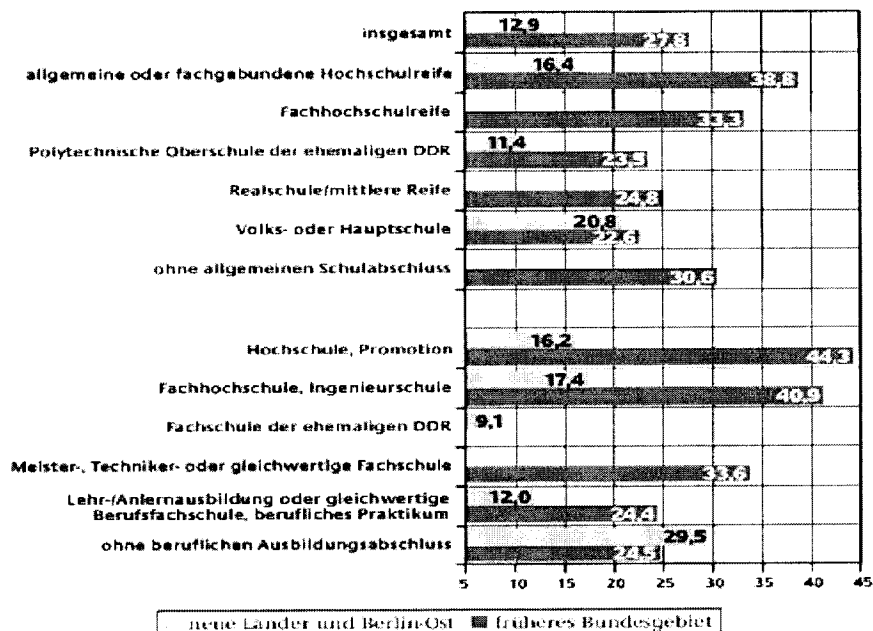
2) Ohne Slowenien

Daten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, BiB

Quelle: Demographische Lage 2001 in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27, 2002, 1: 3-68, zit. nach http://www.bib-demographie.de/info/frame_lage2001.html

Neben der Staatsbürgerschaft spielen Unterschiede in der schulischen Bildung bzw. der beruflichen Qualifizierung eine wichtige Rolle für die beobachtbaren Geburtenziffern.

Abb. 3: Anteil der Frauen ohne Kinder im Haushalt unter den 35 bis 39-jährigen deutschen Frauen nach höchster abgeschlossener Schul- und Berufsausbildung 2000



Daten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung), bei fehlenden Balken erfolgte kein Nachweis wegen zu geringer Besetzung

Quelle: Familien im Spiegel der amtlichen Statistik, S. 76, aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>)

Nach diesen Daten schwankt der Anteil der (in Haushaltsperspektive) kinderlosen westdeutschen Frauen zwischen 39% (Hochschulreife) und 23% (Hauptschulabschluss); vergleichsweise höhere Quoten der Kinderlosigkeit finden sich aber auch bei Frauen ohne Schulabschluss². In den neuen Bundesländern ist demgegenüber kein klar ausgeprägter Bildungseffekt zu erkennen. Auch bei der beruflichen Ausbildung findet sich diese Struktur wieder

Tab. 5: Anteil der Kinderlosen nach Ausbildungsniveau und Berufsgruppe

Kinderlose	Höchster Bildungsabschluss				
	Kein Abschluss	Hauptschule	Realschule	(Fach) Abitur	Hochschulabschluss
Männer bis 45	63,1	44,0	51,9	75,9	49,6
Frauen bis 45	49,7	24,7	36,5	63,4	45,0
Männer ab 46	27,9	13,2	18,1	29,4	16,4
Frauen ab 46	8,3	12,5	75,5	17,3	23,6

² Diese Daten können nur in ihrer Relation interpretiert werden, da sich aus der Haushaltsperspektive keine zuverlässigen Aussagen über den absoluten Anteil von kinderlosen Männern und Frauen gewinnen lassen.

Berufsgruppe (ISCO88)	Männer bis 45	Frauen bis 45	Männer ab 46	Frauen ab 46
Angehörige gesetzgebender Körperschaften	36,9	60,5	13,6	17,6
Wissenschaftler u. verwandte Akademiker	47,6	60,8	13,8	25,8
Techniker	60,7	48,1	25,8	16,5
Bürokräfte, kaufmännische Angestellte	62,8	44,1	30,9	15,0
Dienstleistung, Verkäufer	61,9	44,3	15)	7,7
Landwirtschaft, Fischerei	-	-	-	-
Handwerk und verwandte Berufe	43,7	59,7	14,5	-
Anlagen- und Maschinenbediener/ -montierer	41,2	12,0	19,9	-
Hilfskräfte	52,3	36,5	17,4	8,7

Alle Angaben gewichtet; Werte in Prozent.
Daten: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

Quelle: Schmitt (2004), S. 16

Die Daten des sozioökonomischen Panels bestätigen bei den Frauen den aus der Haushaltsperspektive gewonnen Trend, es ergeben sich jedoch geringere Anteile von kinderlosen Frauen. Bei den kinderlosen Männern zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Bildungsgruppen, ohne dass jedoch ein klarer Trend zu beobachten ist.

In den hier dargelegten Daten waren ausgeprägte Ost-West-Unterschiede erkennbar. Diese finden sich auch in den Unterschieden zwischen den Bundesländern wieder.

Tab. 6: Anteil der Kinderlosen nach Bundesland

Bundesland	Männer bis 45	Frauen bis 45	Männer ab 46	Frauen ab 46
Berlin	52,8	42,2	28,0	24,1
Schleswig-Holstein	63,3	43,9	9,3	14,4
Hamburg	-	49,8	33,3	22,6
Niedersachsen	52,3	36,0	14,6	9,6
Bremen	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	56,6	41,9	15,4	15,2
Hessen	42,2	36,6	24,8	14,6
Rheinland-Pfalz, Saarland	43,2	29,9	13,6	22,6
Baden- Württemberg	59,7	44,9	15,8	16,0
Bayern	60,2	50,6	16,9	15,2
Mecklenburg-Vorpommern	19,0	34,3	18,6	1,6
Brandenburg	42,4	17,8	6,0	9,4
Sachsen-Anhalt	36,9	27,8	9,5	12,9
Thüringen	53,3	41,1	10,9	4,8
Sachsen	48,7	31,8	11,8	14,6

Alle Angaben gewichtet; Werte in Prozent.
Daten: SOEP 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

Quelle: Schmitt (2004), S. 17

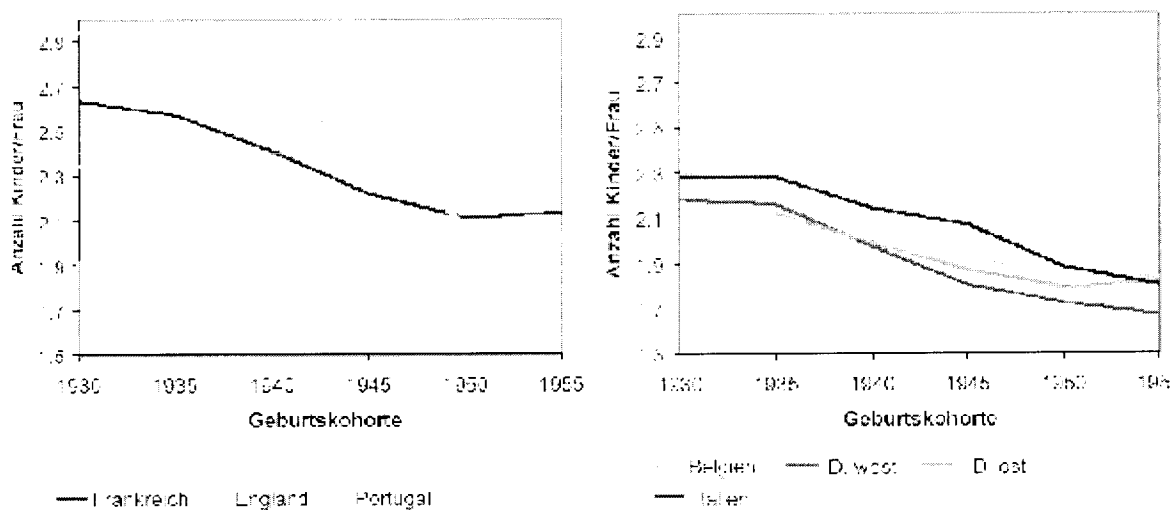
Darüber hinaus sind in der regionalen Verteilung insbesondere zwischen Stadtstaaten und den Flächenländern deutliche Unterschiede in den Quoten der kinderlosen Männer und Frauen zu erkennen³. Entsprechende Differenzen finden sich auch im Stadt-Land-Vergleich.

Im ländlichen Raum bedingen vor allem konventionelle Rollen- und Familienvorstellung höhere Geburtenraten; in den Umlandkreisen großer Städte tragen insbesondere selektive Wanderungsprozesse zu überdurchschnittlichen Geburtenziffern bei. Demgegenüber zeichnen sich die Kernstädte durch geringe Geburtenzahlen aus⁴.

b) Internationale Vergleiche

Im Vergleich mit anderen EU-Ländern wird erkennbar, dass die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahlen in allen hier betrachteten Ländern rückläufig ist.

Abb. 4: Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Geburtskohorten)



Quelle: Gabriele Doblhammer: Demografische Entwicklungen in Europa, Datenbasis: Sardon 2002 (http://www.mv4you.de/fileadmin/mv4you/presse/Vortrag%20Dr_G_Doblhammer_Reiter%20Schwerin.pdf)

Die Daten der jüngsten Geburtskohorten erreichen jedoch in England und Portugal sowie insbesondere in Frankreich erheblich höhere Werte als in West- bzw. Ostdeutschland. Die durchschnittlichen Kinderzahlen der jüngeren Kohorten der ostdeutschen Frauen erreichen die für Belgien und Italien zu verzeichnenden Werte; die Geburtenziffern der westdeutschen Frauen liegen noch darunter.

³ Es ist zu beachten, dass bei der länderspezifischen Auswertung der SOEP-Daten auf vergleichsweise kleine Fallzahlen zurückgegriffen wird.

⁴ Vgl. Enquetekommission 1998: 39f.

Tab. 7: Endgültige Geburtenziffern (EU-Vergleich)

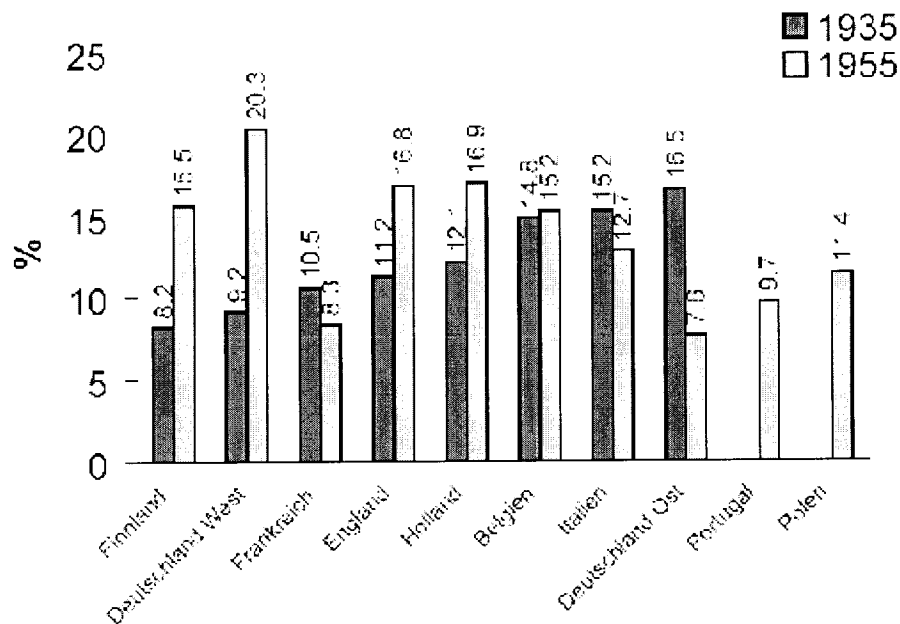
	1961	1962	1963	1964	1965
EU (15 countries)	1.77	1.74	1.70		
Euro-Zone	1.73	1.70	1.66		
Belgium	1.85	1.82	1.81	1.79	
Czech Republic	2.01	1.99	1.96	1.94	1.93
Denmark	1.91	1.92	1.92	1.93	1.92
Germany	1.63	1.61	1.58	1.56	1.53
Estonia	1.98	1.94	1.91	1.90	1.87
Greece	1.89	1.83	1.80	1.76	1.72
Spain	1.71	1.66	1.66	1.64	1.59
France	2.10	2.08	2.06	2.04	2.02
Ireland	2.35	2.31	2.27	2.23	2.18
Italy	1.63	1.60	1.57	1.52	1.49
Latvia	1.92	1.88	1.83	1.79	1.77
Lithuania	1.83	1.78	1.74	1.72	1.72
Luxembourg	1.77	1.79	1.81	1.81	1.82
Hungary	2.03	2.02	2.00	1.98	1.97
Malta	2.08	2.07	2.06	2.03	2.00
Netherlands	1.84	1.82	1.81	1.79	1.77
Austria	1.68	1.67	1.66	1.65	1.64
Poland	2.14	2.11	2.07	2.03	2.00
Portugal	1.87	1.86	1.84	1.82	1.82
Slovenia	1.85	1.84	1.81	1.79	1.77
Slovakia	2.17	2.14	2.11	2.07	2.04
Finland	1.95	1.94	1.93	1.92	1.91
Sweden	2.03	2.02	2.01	2.00	1.98
United Kingdom	1.94	1.92	1.90	1.89	1.87
Bulgaria	1.91	1.87	1.87	1.86	1.83
Romania	2.10	2.06	2.02	1.97	1.91
Iceland	2.43	2.40	2.38	2.40	2.36
Norway	2.10	2.09	2.08	2.07	2.06
Switzerland	1.76	1.74	1.71	1.68	1.65

Daten: Eurostat, US Bureau of Census

Quelle: Eurostat (<http://europa.eu.int/comm/eurostat/newcronos>)

Verglichen mit den anderen EU-Staaten zeichnet sich Westdeutschland durch einen hohen Anteil von kinderlosen Frauen (und vermutlich auch Männern) aus; während er in der Kohorte der 1935-Geborenen eher am unteren Rand der Vergleichsstaaten lag, stellt er bei der Geburtskohorte 1955 den Spitzenwert dar.

Abb. 5: Anteil kinderloser Frauen (Geburtskohorten 1935 und 1955)



Quelle: Gabriele Doblhammer: Demografische Entwicklungen in Europa, Datenbasis: Sardon 2002 (http://www.mv4you.de/fileadmin/mv4you/presse/Vortrag%20Dr_G_Doblhammer_Reiter%20Schwerin.pdf)

In den neuen Bundesländern ist demgegenüber eine gegenteilige Entwicklung zu beobachten; hier ist der Anteil der kinderlosen Frauen im Jahrgang 1955 gegenüber dem Jahrgang 1935 deutlich zurückgegangen.

c) Mögliche Ursachen des veränderten ›reproduktiven Verhaltens‹ von Frauen und Männern

In der Forschung zu den Ursachen des veränderten reproduktiven Verhaltens von Männern und Frauen werden unterschiedliche Perspektiven verfolgt. Mikroökonomische Ansätze modellieren die Geburten als das »Ergebnis eines ökonomischen Kalküls rationaler Individuen« (Rürup/ Gruescu: 2003:19). Demgegenüber finden sich sozialwissenschaftliche Ansätze, die über ein ökonomisches Kalkül hinaus weitere mikro- bzw. makrosoziologische Einflussfaktoren (z.B. Veränderung von Wertemustern, Rollenbildern, Gelegenheitsstrukturen etc.) berücksichtigen.

Diese Ansätze können hinzugezogen werden, um das beobachtbare Reproduktionsverhalten genauer zu erklären (bzw. Erklärungsansätze zu differenzieren) und die Perspektive der beteiligten Männer und Frauen zu rekonstruieren.

Jeder dieser Ansätze beleuchtet einzelne Facetten des veränderten reproduktiven Verhaltens und eröffnet den Blick auf Möglichkeiten der Beeinflussung dieser Prozesse.

Kosten und Nutzen von Kindern

Aus ökonomischer Perspektive kann die Realisierung eines Kinderwunsches als Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse beschrieben werden. Auf der Kostenseite sind,

dem Konzept von Leibenstein (1957, 1975) und Becker (1960) folgend⁵, die direkten Kosten (Ernährung, Kleidung, Konsumbedarf, Aufwendungen für Kinderbetreuung, Ausbildung etc.) und die indirekten Kosten, so genannte Opportunitätskosten, zu berücksichtigen. Diese indirekten Kosten gehen auf den Einkommensverlust des Haushalts zurück, wenn ein Elternteil seine Erwerbsarbeit aufgibt oder einschränkt (Einkommen, Rentenansprüche, Karriereknick, Arbeitslosigkeitsrisiko etc.), um für die Betreuung von Kindern verfügbar zu sein. Schließlich sind auf der Kostenseite finanzielle Transfers (Mutterschaftsgeld, Kindergeld, Steuerminderung etc.) zu berücksichtigen. Die pro Kind anfallenden direkten und indirekten Kosten verringern sich in der Regel mit steigender Kinderzahl.

Der Nutzen von Kindern kann in der Absicherung von Lebensrisiken, in ihrer Funktion als billige und verfügbare Arbeitskräfte liegen. Heute spielt in entwickelten Ländern eher der soziale bzw. emotionale Nutzen von Kindern eine Rolle: Eltern-Kindbeziehungen weisen eine hohe emotionale Qualität auf, verglichen mit Partnerschaftsbeziehungen erweisen sie sich oft als stabiler. Kinder oder die Zahl der Kinder können je nach kulturellem bzw. milieuspezifischem Kontext ein Anlass von sozialer Anerkennung (oder von sozialer Abwertung) sein.

Historisch betrachtet haben sich die Proportionen zwischen diesen verschiedenen Kosten- bzw. Nutzenkomponenten grundlegend verschoben.

Auf der Kostenseite ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen:

- Die Aufwendungen für die Erziehung und Ausbildung sind angesichts der Professionalisierung dieser Bereiche, der gestiegenen Qualitätserfordernisse und der Ausdehnung der Ausbildungszeiten erheblich gestiegen.
- Auch die Opportunitätskosten sind mit der besseren schulischen und beruflichen Qualifizierung von Frauen und Männern und mit der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen erheblich gewachsen.
- Kostenmindernd wirken jedoch (in Deutschland) die gewachsenen familienpolitischen Unterstützungsleistungen.

Auf der Nutzenseite sind strukturelle Verschiebungen zu verzeichnen:

- Die Absicherung von Lebensrisiken (Krankheit, Altersversorgung ..) durch sozial- und wohlfahrtsstaatliche Systeme und die Erbringung von Unterstützungsleistungen (Unterstützung, Pflege) durch staatliche, gemeinnützige und privatwirtschaftliche Einrichtungen ersetzen Sicherungs- und Unterstützungsstrategien, die auf der Versorgung durch eigene Kinder aufbauten.
- Die Veränderung von Branchen- und Betriebsstrukturen und schließlich auch veränderte rechtliche Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass Kinder als Arbeitskräfte mehrheitlich bedeutungslos geworden sind.
- Der emotionale Nutzen von Kindern spielt demgegenüber eine hohe und vermutlich weiter wachsende Rolle. Hier ist jedoch zu beachten, dass dieser Nutzen auch bei wenigen Kindern oder einem Kind erreicht werden kann.

Grundsätzlich ist die Zahl der Kinder kalkulierbarer geworden: zum einen ist die Kindersterblichkeit erheblich zurückgegangen; zum anderen haben sich die Möglichkeiten der Geburtenkontrolle (relativ sichere Verhütungsmittel) verändert bzw. sind risikoloser (Schwangerschaftsabbrüche) geworden. Gary S. Becker (1960) spricht für moderne Gesellschaften von einer Verschiebung von der Quantität zur Qualität von Kindern. Vermutlich kommen mit dieser Verschiebung aber auch die mikroöko-

⁵ Kritisch zum familienökonomischen Ansatz Beckers s. Ott (1997), Wentzel (1997).

nomischen Erklärungsansätze, die recht gut den ersten demographischen Übergang erklären konnten, an ihre Grenzen.

Veränderungen von Normen und Werten – Veränderungen der Lebensweise

Der demographische Transformationsprozess ging mit einem tief greifenden Wandel von Normen und Werten einher. Während das Wertesystem über lange Zeit in weiten Gesellschaftsschichten auf eine hohe Kinderzahl und das Einernährermodell orientiert war (soziale Anerkennung der Kinderzahl, Idealisierung der sorgenden Mutter, Sanktionierung von Empfängnisverhütung und Abtreibungen) zeichnet sich ab den sechziger Jahren ein Umbruch in der Beziehungs- und Sexualmoral sowie in den damit verbundenen Geschlechterrollen ab. In diesem Prozess haben sich auch die sozialen Selbst- und Fremdkonstruktionen der Geschlechter und der Beziehungen, die sie eingehen, verändert. Damit verknüpft finden sich auch veränderte Vorstellungen von Individualität und Lebensplanung. An diesen Veränderungen wird deutlich, dass sich das erhöhte Bildungsniveau von Männern und Frauen nicht nur in den veränderten Opportunitätskosten niederschlägt; die gestiegene Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen ist nicht nur Ausdruck eines ökonomischen Kalküls, sondern wird auch von veränderten Wertvorstellungen und Selbstbildern begleitet. Die hier beschriebenen Aspekte der demographischen Entwicklung lassen sich sinnvoll unter dem Begriff der ›reproduktiven Kultur‹⁶ zusammenfassen, wenngleich auch dieses Konzept vermutlich noch zu kurz greift: es geht letztlich um soziale Praktiken, die als Teile einer Lebensweise zu begreifen sind.

Auch die Normen und Werte, die mit Kindern und den angemessenen Bedingungen ihrer Sozialisation verknüpft sind, haben sich verändert. Kinder werden stärker als Individuen begriffen; sie werden aber auch mit neuen gesellschaftlichen Anforderungen (Sozialverhalten, Zeitmanagement, Selbstmanagement ...) konfrontiert. In diesem Sinne ist eine Vielzahl von Waren- und Dienstleistungsangeboten (medizinische und therapeutische Angebote, Freizeit- und Erlebnisangebote, sportliche und musische Ausbildung, erzieherische Angebote etc.) entstanden. Manches deutet darauf hin, dass ein wachsendes Verantwortungsgefühl gegenüber Kindern bzw. Jugendlichen und die damit veränderten Vorstellungen von einer guten Kindheit und Jugend, in Zusammenhang mit gestiegenen Erwartungen an die Qualität der Lebensgestaltung der Eltern und an die Qualität von Partnerschaften dazu beigetragen haben, dass die Entscheidungen für Kinder sehr voraussetzungsvoll werden. Das führt u.a. dazu, dass die Geburtenziffern sinken, obwohl Kinder und die Gründung einer Familie in den Lebenswünschen von jungen Männern und Frauen hohe Rangplätze einnehmen. Die Zahl der gewünschten Kinder scheint sich jedoch mit zeitlichem Verzug der Entwicklung der beobachtbaren Geburtenziffern anzupassen und

⁶ Der Begriff geht auf die Untersuchung „frauen leben. Studie zu Lebensläufen und Familienplanung“ zurück. »Der Begriff ›reproduktive Kultur‹ meint die Deutungen und die sozialen Regeln, die die Wahrnehmung reproduktiver Aspekte und das darauf bezogene Handeln anleiten. Aspekte wie z. B. ›Kinder‹ oder ›Mann und Frau‹ werden nie objektiv wahrgenommen, sondern durch die Brille kollektiv verwurzelter oder individualbiografisch entstandener Deutungen. Die Regeln beinhalten Überzeugungen, welche Gestaltungen des privaten Lebens in welchem Alter und unter welchen Umständen angemessen sind« (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2000:31). Vor diesem Hintergrund werden die reproduktive Kultur der DDR sowie die reproduktiven Kulturen der niedrigeren und der höheren Bildungsgruppen unterschieden.

umgekehrt⁷. Auch dies kann als ein Indiz für eine kulturelle Normalisierung der niedrigen Geburtenziffern begriffen werden.

Vereinbarkeit von Familie und selbstbestimmter Lebensführung (Beruf)

Während das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den fünfziger und sechziger Jahren vornehmlich im Modell der Einernährerehe durch die Erwerbslosigkeit oder die eingeschränkte Erwerbstätigkeit der Frau gelöst wurde, wurde beginnend mit den siebziger Jahren dieses Modell des Ausschlusses der Frauen von einer eigenen Erwerbsbasis und den damit verbundenen Freiheitsmomenten (Sen 2000) zunehmend weniger akzeptiert. Es wurden bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunächst für die Frauen gefordert, später geriet auch die Beteiligung der Männer an dem Vereinbarkeitsproblem in den Blick. Dieses Problem stellt sich vordergründig als ein Problem der Kinderbetreuung (in den verschiedenen Altersphasen); allgemeiner stellt sich jedoch die Frage, wie die in Familien und Beziehungen erbrachten Leistungen (z.B. Haushalts- und Erziehungsarbeit, Betreuung im Krankheits- und Pflegefall, Aufbau und Erhalt sozialer Netzwerke, Konfliktbearbeitung, emotionale Stabilisierung) so zu organisieren sind, dass beide Partner am Erwerbsleben teilhaben können.

D.h. das ›Vereinbarkeitsproblem‹ stellt sich als ein Problem der Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaft, als ein Problem der Flexibilität und der Entlohnung von Arbeitsverhältnisse und -zeiten sowie als ein Problem von Betreuungsangeboten und Dienstleistungen (in öffentlicher, marktförmiger, intergenerationeller oder nachbarschaftlicher Form) dar.

Ein Vergleich europäischer Länder legt einen Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und spezifischen Geburtenziffern nahe.

Veränderte Gelegenheitsstrukturen

Eine nicht unwesentliche Rolle für die Entwicklung der Geburtenziffern spielen auch veränderte Gelegenheitsstrukturen für das Eingehen von Partnerschaften, für die Geburt und das Aufwachsen von Kindern. Generell kommt es bedingt durch die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit und die höheren Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung zu einer Verschiebung von Lebensphasen: das Heiratsalter und das Alter bei der Geburt des ersten Kindes sind deutlich angewachsen. Auch die Zunahme berufsbiografischer Unsicherheiten und die gestiegenen Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität von Arbeitskräften haben die Rahmenbedingungen für die Familiengründung verändert. Viele Autoren verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die sinkenden Heiratsziffern bzw. die steigenden Scheidungsraten; Belege für diese These werden jedoch nicht geliefert. Zudem spielt die regionalspezifische und die bildungsspezifische Verteilung von Männern und Frauen⁸ in der für die Familienbildung günstigen Altersphase eine Rolle.

⁷ Vgl. dazu Goldstein/ Lutz/ Testa (2003) und Bongaarts (1998)

⁸ Vgl. Nauck (2001:8f).

Fazit:

Die nach der demographischen Wende am Ende des 19. Jahrhunderts nur allmählich rückläufigen kohortenspezifischen Geburtenziffern lassen wie erwähnt auf einen langfristig wirksamen und sich selbst stabilisierenden Veränderungsprozess schließen, indem eine Vielzahl von Faktoren zusammenwirkt. Eine genauere Gewichtung dieser Einflussfaktoren stößt an die Grenzen sozialwissenschaftlicher Forschung⁹. Es können Aussagen zu den Ursachen der demographischen Veränderungen gemacht werden; man sollte jedoch ihre Fundierung berücksichtigen: es sind mehr oder weniger gut belegte, plausible und inhaltlich begründete Zusammenhangsannahmen, über die unter einzelnen Wissenschaftlergruppen ein Konsens besteht, für die oft aber auch divergente Interpretationen vorliegen.

Die Daten aus dem internationalen Vergleich indizieren, in welchem Korridor mittelfristig eine Einflussnahme auf die Geburtenziffern denkbar ist. Im Zentrum sollten politische Maßnahmen stehen, die für Männer und Frauen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Diese Maßnahmen werden mittelfristig auch im günstigsten Fall zu Geburtenziffern führen, die unterhalb der Grenze des ›demographischen Bestandserhalts‹ liegen¹⁰. Dabei ist zu berücksichtigen, dass manche Faktoren (z.B. die Zunahme des Bildungsniveaus, sinkende Geburtenziffern von ausländischen Frauen oder ein möglicher Zuwachs prekärer Lebenslagen) eher zu einem weiteren Absinken der Geburtenraten beitragen werden¹¹.

2. Migrationsprozesse

a) Außenwanderung

Während sich in den fünfziger Jahren bei den Außenwanderungen die Zu- und Fortzüge die Waage hielten, kommt es in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren zu Wanderungsgewinnen, die pro Dekade zwischen 1,5 und 2 Millionen liegen.

⁹ Das lange biographische Intervall, in dem sich Männer und Frauen für Kinder entscheiden können, die vielschichtige Struktur der relevanten Rahmenbedingungen und schließlich die bislang unzureichende Abbildung dieser Faktoren in statistischen Daten tragen dazu bei, dass eine sozialwissenschaftliche Klärung der Hintergründe der rückläufigen Geburtenziffern bislang unbefriedigend ist. Viele Zusammenhangsvermutungen stützen sich auf Ländervergleiche. Diese können jedoch im wissenschaftlichen Sinne nur Hinweise auf mögliche Zusammenhänge geben; vielfach führen die Vergleiche auch zu ›widersprüchlichen‹ Ergebnissen (vgl. Rürup/ Gruescu 2003:47). Auch die Analyse länderspezifischer Verläufe steht vor dem Problem einer hinreichenden Isolierung einzelner Einflussfaktoren. Die vielerorts herangezogenen mikro-ökonomischen Erklärungsmodelle liefern wichtige Einsichten, sie sind aber mit denselben methodischen Problemen konfrontiert wie andere Erklärungsansätze.

¹⁰ Verschiedene Experten äußern sich grundsätzlich recht skeptisch zu den Möglichkeiten der Beeinflussbarkeit der Geburtenziffern; vgl. Nauck (2001:13).

¹¹ Vgl. Enquetekommission (1998:40).

Tab. 8: Eckdaten zu den Außenwanderungen in Deutschland

Jahr	Zuzüge insgesamt	davon Ausländer	Fortzüge insgesamt	davon Ausländer	Saldo	davon Ausländer
1991	1.182.927	920.491	582.240	497.476	600.687	423.015
1992	1.489.449	1 207.602	701.424	614.747	788.025	592.855
1993	1 268.004	986.872	796.859	710.240	471.145	276.632
1994	1 082.553	777.516	767.555	629.275	314.998	148.241
1995	1 096.048	792.701	698.113	567.441	397.935	225.260
1996	959.691	707.954	677.494	559.064	282.197	148.890
1997	840.633	615.298	746.969	637.066	93.664	-21.768
1998	802.500	605.500	755.400	639.000	47.100	-33.500
1999	874.000	673.873	672.000	555.638	202.000	118.000
2000	841.000	649.000	673.000	562.000	167.000	86.000
insgesamt	10.436.805	7.936.807	7.071.054	5.971.947	3.364.751	1.963.625

Quelle: Enquetekommission (2002:22).

In den neunziger Jahren steigt dieser Wert dann auf ein Zuwanderungssaldo von 3,4 Millionen. Zwischen 1950 und 2000 liegt das Saldo bei über 9 Millionen Zugewanderten. Seit den sechziger Jahren geht die Außenmigration zu mehr als 80% auf die Zu- und Fortzüge von ausländischen Staatsangehörigen zurück.

Die saldierten Zahlen verstellen den Blick auf die sehr hohe Fluktuation; so sind zwischen 1950 und 2000 mehr als 30 Mio. Zuwanderungen und etwa 21 Mio. Abwanderungen zu verzeichnen. Das vermittelt einen Eindruck von den großen Integrationsanforderungen an die bundesrepublikanische Gesellschaft.

Die Zuwanderung nach Deutschland setzt sich aus verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten zusammen¹²:

- Arbeitsmigrantinnen und -migranten
- Asylsuchende und Flüchtlinge
- Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
- Migrantinnen und Migranten jüdischer Religionszugehörigkeit
- Illegal Zugewanderte¹³
- Wanderungen zur Familienzusammenführung¹⁴

Verlässliche Daten über die genaue Verteilung dieser verschiedenen Zuwanderungsgruppen liegen nicht vor.

¹² Vgl. Enquetekommission (2002:111ff).

¹³ Die Süßmuth-Kommission verweist auf Schätzungen »zwischen 100 000 und einer Million Menschen, doch sind diese Angaben nicht viel mehr als Spekulation« (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001:196).

¹⁴ Im Bereich der ›Süßmuth-Kommission‹ heißt es dazu: »Die auf dem Wege des Familiennachzugs einreisenden Personen bilden neben Asylbewerbern und Spätaussiedlern die quantitativ bedeutendste Zuwanderungsgruppe. Der wesentlichste Grund hierfür liegt in der Verfestigung des Aufenthalts der seit Mitte der fünfziger Jahre angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte („Gastarbeiter“), die nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973 in immer stärkerem Maße ihre Familien nachziehen ließen. Schätzungen zufolge umfasste der Nachzug von Familienangehörigen in den siebziger und achtziger Jahren mehr als die Hälfte der Zuwanderung von Ausländern; zuverlässige Zahlen hierzu sind jedoch nicht vorhanden« (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001:188).

b) Binnenwanderung

Nach der Schließung der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland spielte die Binnenwanderung aus der DDR zunächst keine nennenswerte Rolle.

Tab. 9: Eckdaten zu den Binnenwanderungen in Deutschland (alte und neue Bundesländer)

Jahr	Zuzüge aus den neuen Bundesländern			Fortzüge in die neuen Bundesländer			Wanderungssaldo gegenüber den neuen Bundesländern		
	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
1991	249.743	243.600	6.143	80.267	75.664	4603	+169476	+167.936	+1.540
1992	199.170	189.964	9.206	111.345	101.927	9418	+87.825	+88.037	212
1993	172.386	158.496	13.890	119.100	105.815	13285	+53.286	+52.681	+605
1994	163.034	147.206	15.828	135.774	119.989	15785	+27.260	+27.217	+43
1995	168.336	148.860	19.476	143.063	123.768	19295	+25.273	+25.092	+181
1996	166.007	144.813	21.194	151.973	133.849	18124	+14.034	+10.964	+3.070
1997	167.789	146.891	20.898	157.348	139.149	18199	+10.441	+7.742	+2.699
1998	182.478	161.959	20.519	151.750	135.767	15983	+30.728	+26.192	+4.536
1999	195.530	173.516	22.014	151.943	135.876	16067	+43.587	+37.640	+5.947
2000	214.456	2)		153.179	...		+61.277	...	

Quelle: Enquetekommission (2002:23).

Seit dem Zerfall der DDR kommt es zu einem erheblichen Zuzug von Ost nach West, der bis zur Mitte der neunziger Jahre absinkt, dann jedoch wieder ansteigt. Dem steht jedoch eine nicht unerhebliche West-Ost-Wanderung entgegen. Die bis 1997 rückläufigen Wanderungsgewinne der alten Bundesländer steigen in jüngerer Zeit wieder an.

c) Möglichkeiten der Steuerung von Zuwanderung

Neben der Einflussnahme auf die Rahmenbedingungen des reproduktiven Verhaltens von Männern und Frauen bietet die Steuerung von Zuwanderungsprozessen eine wichtige Möglichkeit, die Prozesse des demographischen Wandels zu beeinflussen. In wieweit Zuwanderung jedoch gezielt beeinflussbar ist, z.B. bezüglich der Altersstruktur oder der Qualifikation, ist umstritten. Die Erfahrungen mit der Arbeitsmigration der sechziger und siebziger Jahre haben gezeigt, dass die Zuwanderung im Rahmen des Familiennachzugs weitaus größer war als die ursprüngliche Arbeitsmigration¹⁵. Das jeweils in Deutschland verbleibende ›Saldo‹ von Zugewanderten ist nicht unwesentlich über die im europäischen Vergleich sehr hohen Rückwanderungsquoten von geprägt. Auch die ›Greencard-Erfahrungen‹ deuten auf die Grenzen der Steuerbarkeit hin; schließlich ist auch der Zuzug aus humanitären Gründen grundsätzlich nur wenig steuerbar.

3. Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist im Laufe des 20. Jahrhunderts ganz erheblich angestiegen. Vom Beginn der sechziger bis zur Mitte der neunziger Jahre ist im früheren Bundes-

¹⁵ Vgl. Fußnote 14 sowie die bei Nauck (2001:13) angeführten Daten zu den USA.

gebiet die Lebenserwartung der Männer von 67 auf 74 Jahre, die der Frauen von 72 auf 80 Jahre angestiegen.

Tab. 10: Lebenserwartung bei Geburt und im Alter von 65 Jahren ()

Sterbetafeln der Jahre	bei Geburt		im Alter von 65 Jahren	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lebenserwartung in Jahren				
früheres Bundesgebiet				
1959-60	66,69	71,92	12,38	14,37
1970-72	67,41	73,83	12,06	15,18
1980-82	70,18	76,85	13,09	16,77
1990-92	72,90	79,29	14,45	18,21
1993-95	73,53	79,81	14,79	18,57
Deutschland				
1998-2000	74,78	80,82	15,56	19,25
2000-2002	75,38	81,22	15,93	19,55
2001-2003	75,59	81,34	16,07	19,61

Quellen: Enquetekommission (1998:45), <http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab3.php> vom 14.6. und 18.11.2004

Demgegenüber ist die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen in diesem Zeitraum bei Männern nur um 2, bei Frauen um 4 Jahre angestiegen.

Tab. 11: Durchschnittliche fernere Lebenserwartung in Deutschland

Abgekürzte Sterbetafel	bei Neugeborenen		im Alter 60		im Alter 80	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1991/93	72,5	79,0	17,8	22,1	6,2	7,7
1992/94	72,8	79,3	18,0	22,4	6,3	7,8
1993/95	73,0	79,5	18,1	22,5	6,4	7,9
1994/96	73,3	79,7	18,3	22,7	6,5	8,0
1995/97	73,6	80,0	18,5	22,9	6,6	8,1
1996/98	74,0	80,3	18,7	23,1	6,8	8,2
1997/99	74,4	80,6	19,0	23,3	6,9	8,4
1998/00	74,8	80,9	19,3	23,5	7,0	8,5
1999/2001	75,1	81,1	19,5	23,7	7,1	8,6
2000/02	75,4	81,2	19,7	23,8	7,1	8,6
2001/03	75,6	81,3	19,8	23,9	7,1	8,6

Quellen: Enquetekommission (2002:19), <http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab3.php> vom 14.6. und 18.11.2004.

Noch in den neunziger Jahren hat sich die Lebenserwartung der Männer und Frauen um 2 Jahre erhöht. Bei den 60-Jährigen beträgt der Zuwachs der ferneren Lebenserwartung bei Männern und Frauen noch 1,2 Jahre, bei den 80-Jährigen noch 0,7 Jahre. Seit den achtziger Jahren hat sich der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern und Frauen leicht verringert. Im Jahr 2003 die Lebenserwartung bei 76 bzw. 81 Jahren.

Auch in Zukunft ist mit einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung zu rechnen¹⁶. Die gestiegene Lebenserwartung von Männern und Frauen dämpft zunächst den Prozess der rückläufigen Bevölkerungszahl; sie trägt jedoch neben der geringen Geburtenziffer auch zur Verschiebung der Altersstruktur bei.

4. Bevölkerungsentwicklung NRW

Das heutige Nordrhein-Westfalen hat seit der industriellen Revolution ein rasantes Wachstum erfahren. Nach einer Stagnationsphase in den 1970er und 80er Jahren ist es in den 1990er Jahren zu einem weiteren Bevölkerungszuwachs gekommen.

Tab. 12: Bevölkerung 1871 – 2002 nach Regierungsbezirken

	Ortsanwesende Bevölkerung							
	Wohnbevölkerung				Bevölkerung			
	1. Dez. 1871 ¹⁾	1. Dez. 1905 ¹⁾	17. Mai 1939 ²⁾	13. Sept. 1950 ²⁾	6. Juni 1961 ²⁾	27. Mai 1970 ²⁾	25. Mai 1987	31. Dez. 2002
Regierungsbez.	in 1000							
Düsseldorf	1345,6	3022,8	4058,0	4137,1	5163,1	5366,4	5068,1	5249,3
Köln	613,3	1141,7	2497,0	2626,2	3293,9	3690,3	3856,1	4331,4
Aachen ³⁾	436,3	593,3	-	-	-	-	-	-
Münster	451,5	965,8	1586,2	1883,7	2232,8	2361,2	2389,2	2625,6
Detmold	584	831,5	1115,6	1502,3	1611,1	1746,5	1793,4	2069,3
Arnsberg	833,5	1932,7	2689,2	3058,6	3611,5	3750,3	3605,1	3800,7
kreisfr. Städte	1571,7	4737,5	6562,6	6376,6	8043,3	8078,5	7304,2	7422,1
Kreise	2692,4	3750,0	5383,4	6831,2	7869,1	8836,2	9407,6	10654,3
Gesamt	4264,2	8487,9	11946,0	13207,8	15912,4	16914,7	16711,8	18076,4
	1950=100%							
Düsseldorf	32,5%	73,1%	98,1%	100,0%	124,8%	129,7%	122,5%	126,9%
Köln/ Aachen ³⁾	40,0%	66,1%	95,1%	100,0%	125,4%	140,5%	146,8%	164,9%
Münster	24,0%	51,3%	84,2%	100,0%	118,5%	125,3%	126,8%	139,4%
Detmold	38,9%	55,3%	74,3%	100,0%	107,2%	116,3%	119,4%	137,7%
Arnsberg	27,3%	63,2%	87,9%	100,0%	118,1%	122,6%	117,9%	124,3%
kreisfr. Städte	24,6%	74,3%	102,9%	100,0%	126,1%	126,7%	114,5%	116,4%
Kreise	39,4%	54,9%	78,8%	100,0%	115,2%	129,4%	137,7%	156,0%
Gesamt	32,3%	64,3%	90,4%	100,0%	120,5%	128,1%	126,5%	136,9%

1) Gebietsstand 31. 12. 1966 – 2) Gebietsstand 25. 5. 1987 – 3) am 1. 8. 1972 mit dem Regierungsbezirk Köln vereinigt

Quelle: Statistisches Jahrbuch NRW 2003, S. 31

In der regionalen Verteilung sind diese Wachstumsprozesse jedoch schon immer recht ungleich verlaufen; das wird im Vergleich der Regierungsbezirke deutlich. Vor allem zeigt sich bei den Wachstumsprozessen eine ausgeprägte Stadt-Land-Struktur. So sind seit 1950 die kreisfreien Städte nur um 16% gewachsen, während das Wachstum der Kreise mit 56% mehr als dreimal so groß war.

Auch die Entwicklung der letzten 15 Jahre vollzog sich recht ungleichmäßig. Bei einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 8% liegt das Wachstum in einigen Kreisen über 20%; dem stehen insbesondere kreisfreie Städte gegenüber, deren Bevölkerung stagniert oder rückläufig ist.

¹⁶ Vgl. Enquetekommission (1998:48) sowie die Überlegungen zu den Modellannahmen in der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes.

Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung 1988-2002

	1988	2002	1988-2002
Nordrhein-Westfalen	16.743.956	18.076.355	108,0%
Paderborn	232.317	294.911	126,9%
Coesfeld	176.762	218.573	123,7%
Rhein-Sieg-Kreis	479.016	588.896	122,9%
Gütersloh	288.545	349.688	121,2%
Heinsberg	213.267	254.589	119,4%
Borken	309.026	364.865	118,1%
Oberbergischer Kreis	246.364	290.055	117,7%
Euskirchen	163.229	191.635	117,4%
Düren	234.361	272.473	116,3%
Steinfurt	378.711	440.127	116,2%
Kleve	262.021	304.176	116,1%
Viersen	262.181	303.984	115,9%
Soest	266.803	308.943	115,8%
Reg.-Bez. Detmold	1.797.719	2.069.290	115,1%
Erfkreis	400.852	460.894	115,0%
Minden-Lübbecke	282.639	323.654	114,5%
Lippe	319.221	365.049	114,4%
Warendorf	247.720	283.167	114,3%
Olpe	125.053	142.095	113,6%
Herford	227.645	255.819	112,4%
Reg.-Bez. Köln	3.869.711	4.331.419	111,9%
Wesel	427.370	477.906	111,8%
Bonn	278.180	308.921	111,1%
Rhein.-Berg. Kreis	250.934	278.086	110,8%
Höxter	140.305	155.354	110,7%
Neuss	405.662	446.493	110,1%
Unna	390.705	429.832	110,0%
Reg.-Bez. Münster	2.392.393	2.625.637	109,7%
Münster	246.339	268.945	109,2%
Hochsauerlandkreis	259.725	280.849	108,1%
Märkischer Kreis	422.448	456.163	108,0%
Aachen	286.450	309.223	108,0%
Hamm	171.592	184.578	107,6%
Aachen	230.886	247.740	107,3%
Bielefeld	307.047	324.815	105,8%
Siegen-Wittgenstein	279.440	295.405	105,7%
Mettmann	481.339	508.703	105,7%
Reg.-Bez. Arnsberg	3.609.146	3.800.729	105,3%
Bottrop	114.929	120.758	105,1%
Mönchengladbach	250.425	263.104	105,1%
Köln	930.907	968.639	104,1%
Recklinghausen	631.922	654.276	103,5%
Reg.-Bez. Düsseldorf	5.074.987	5.249.280	103,4%
Solingen	159.343	164.740	103,4%
Leverkusen	155.265	160.268	103,2%
Krefeld	232.938	239.183	102,7%
Ennepe-Ruhr-Kreis	339.513	348.410	102,6%
Dortmund	583.793	590.831	101,2%
Düsseldorf	565.545	571.886	101,1%
Bochum	386.638	388.869	100,6%
Oberhausen	220.082	220.928	100,4%
Herne	174.092	173.645	99,7%
Wuppertal	366.546	363.522	99,2%
Remscheid	120.005	118.339	98,6%
Mülheim an der Ruhr	175.592	172.171	98,1%
Duisburg	524.502	508.664	97,0%
Hagen	209.344	201.109	96,1%
Gelsenkirchen	286.984	274.926	95,8%
Essen	621.436	585.481	94,2%

Quelle: Landesdatenbank NRW, eigene Berechnungen

Auch die Geburtenziffern der 18-45 jährigen Frauen (Lebendgeborene bezogen auf Frauen in dieser Altersgruppe) weisen deutliche regionale Differenzierungen auf. Während die so berechnete Geburtenziffer im Land bei 4,82% liegt, werden in einer Reihe von Kreisen (insbesondere im Regierungsbezirk Detmold) aber auch in kreisfreien Städten wie Hagen, Hamm und Leverkusen Werte von mehr 5% erreicht. Demgegenüber finden sich Städte, in denen die Geburtenziffern nur zwischen 4 und 4,5% liegen; dazu gehören z.B. Düsseldorf, Mülheim an der Ruhr, Aachen, Oberhausen, Münster und Bochum.

Tab. 14: Geburtenziffer der 18-45 jährigen Frauen 2003

	Lebendgeb. insgesamt	Frauen zwischen 18-45 Jahren	alterspez Geburtenziffer
Nordrhein-Westfalen	159883	3319930	4,82%
Lippe	3471	63284	5,48%
Gütersloh	3533	65072	5,43%
Borken	3682	68425	5,38%
Warendorf	2752	51167	5,38%
Minden-Lübbecke	3031	56574	5,36%
Paderborn	3081	57838	5,33%
Hochsauerlandkreis	2579	48503	5,32%
Hagen	1816	34359	5,29%
Hamm	1710	32523	5,26%
Detmold, Regierungsbezirk	19878	379802	5,23%
Steinfurt	4262	81572	5,22%
Oberbergischer Kreis	2709	52653	5,15%
Aachen (Kreis)	2819	55055	5,12%
Remscheid	1034	20348	5,08%
Höxter	1362	27031	5,04%
Olpe	1310	26050	5,03%
Leverkusen	1457	29050	5,02%
Soest	2810	56055	5,01%
Herford	2263	45178	5,01%
Märkischer Kreis	3948	79733	4,95%
Rheinisch-Bergischer Kreis	2415	49042	4,92%
Euskirchen	1684	34241	4,92%
Duisburg	4368	88936	4,91%
Coesfeld	1998	40794	4,90%
Rhein-Kreis Neuss	3947	80729	4,89%
Münster, Regierungsbezirk	23857	488159	4,89%
Siegen-Wittgenstein	2561	52626	4,87%
Kleve	2650	54677	4,85%
Gelsenkirchen	2312	47745	4,84%
Bielefeld	3137	64825	4,84%
Düren	2358	48769	4,84%
Mönchengladbach	2295	47583	4,82%
Heinsberg	2241	46513	4,82%
Bonn	3148	65638	4,80%
Arnsberg, Regierungsbezirk	32372	675245	4,79%
Köln, Regierungsbezirk	39667	828053	4,79%
Rhein-Sieg-Kreis	5207	109451	4,76%
Dortmund	5039	106317	4,74%
Köln	9450	199764	4,73%
Unna	3555	75990	4,68%
Düsseldorf, Regierungsbezirk	44109	948671	4,65%
Mettmann	4145	89377	4,64%
Wuppertal	3051	65825	4,64%
Solingen	1373	29755	4,61%
Krefeld	1991	43177	4,61%
Bottrop	980	21277	4,61%
Recklinghausen	5264	114925	4,58%
Essen	4753	104238	4,56%
Viersen	2486	54803	4,54%
Rhein-Erft-Kreis	3873	85617	4,52%
Herne	1368	30298	4,52%
Düsseldorf	5213	115521	4,51%
Mülheim an der Ruhr	1299	28845	4,50%
Ennepe-Ruhr-Kreis	2705	60973	4,44%
Wesel	3799	85689	4,43%
Aachen	2306	52260	4,41%
Oberhausen	1705	39168	4,35%
Münster	2607	62254	4,19%
Bochum	2971	71818	4,14%

Quelle: Landesdatenbank NRW, eigene Berechnungen

5. Prognosen zur demographischen Entwicklung

Um die weiterreichenden Folgen dieser gegenwärtig zu beobachtenden demographischen Veränderungen genauer abschätzen zu können, wurden auf der Basis einfacher Modellüberlegungen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bzw. zu einzelnen Aspekten dieser Entwicklung angestellt.

a) Bevölkerungsprognosen (allgemein)

Die 10. koordinierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes prognostiziert die Bevölkerungszahl in Deutschland bis zum Jahr 2050. Bei den Geburtenziffern wird für die neuen wie die alten Bundesländer von einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,4 ausgegangen¹⁷. Bei der Entwicklung der geschlechtsspezifischen Lebenserwartung wird von drei verschiedenen Annahmen ausgegangen¹⁸. Auch für die Wanderungsgewinne werden drei Szenarien (zwischen 100.000 und 300.000 Personen) verfolgt. Aus der Kombination dieser Annahmen ergeben sich neun Prognosevarianten.

Tab. 15: Entwicklung der Bevölkerungszahl (10. koordinierte Bevölkerungsprognose)

Jahr (jeweils 31.12.)	Variante 1 insgesamt niedrigste Bevölkerung	Variante 5 insgesamt mittlere Bevölkerung	Variante 9 insgesamt höchste Bevölkerung
2002	100,0%	100,0%	100,0%
2010	99,4%	100,7%	100,7%
2020	97,0%	100,4%	101,9%
2030	92,9%	98,4%	101,7%
2040	87,5%	95,2%	100,5%
2050	81,2%	91,0%	98,5%

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.) 2003:48f, eigene Berechnungen

Werden jeweils die optimalen Varianten¹⁹ zugrunde gelegt, wird sich die Bevölkerung bis 2050 nur geringfügig (auf 98,5%) verringern; demgegenüber kommt es bei der mittleren Variante²⁰ bzw. niedrigen Variante²¹ 2050 zu einem Rückgang der Bevölkerung auf 91% bzw. 81% des Niveaus von 2002.

¹⁷ Dabei wird für die neuen Bundesländer bis 2010 von einer Angleichung an dieses Niveau ausgegangen.

¹⁸ Bei der Variante 1 wird allmähliche Angleichung an die international bereits erreichten niedrigsten Sterbewahrscheinlichkeiten angenommen; die Varianten 2 bzw. 3 gehen davon aus, daß sich der bisher in Deutschland zu beobachtende Zuwachs der Lebenserwartung langsamer bzw. fast unvermindert fortsetzt.

¹⁹ Hohes Zuwanderungssaldo (300.000) ab 2010, hohe Zunahme der Lebenserwartung.

²⁰ Mittleres Zuwanderungssaldo (200.000), mittlere Zunahme der Lebenserwartung.

²¹ Geringes Zuwanderungssaldo (100.000), geringe Zunahme der Lebenserwartung.

Tab. 16: Jugend-, Alten-, Gesamtquotient (10. koordinierte Bevölkerungsprognose)

	2001	2010	2020	2030	2040	2050
auf 100 20- bis unter 60-Jährige kommen						
	Variante 1					
unter 20-Jährige	38,1	33,6	32,9	35,3	33,9	34,1
60-Jährige und Ältere..	43,9	46,3	55,7	73,4	76,0	80,9
zusammen	81,9	79,9	88,6	108,7	110,0	115,1
	Variante 5					
unter 20-Jährige	38,1	33,5	33,0	35,4	33,9	34,1
60-Jährige und Ältere..	43,9	46,0	54,8	70,9	72,8	77,8
zusammen	81,9	79,5	87,7	106,2	106,6	112,0
	Variante 9					
unter 20-Jährige	38,1	33,5	32,9	35,2	33,7	33,8
60-Jährige und Ältere..	43,9	46,0	54,1	69,2	70,9	76,5
zusammen	81,9	79,5	87,0	104,5	104,6	110,4
auf 100 20- bis unter 65-Jährige kommen						
	Variante 1					
unter 20-Jährige	33,8	30,5	28,9	30,2	29,9	29,5
65-Jährige und Ältere	27,5	32,8	36,8	48,5	55,3	56,4
zusammen	61,3	63,2	65,6	78,7	85,2	86,0
	Variante 5					
unter 20-Jährige	33,8	30,5	29,1	30,5	30,0	29,7
65-Jährige und Ältere	27,5	32,6	36,4	47,3	53,1	54,5
zusammen	61,3	63,0	65,5	77,8	83,2	84,2
	Variante 9					
unter 20-Jährige	33,8	30,5	29,0	30,5	30,0	29,5
65-Jährige und Ältere	27,5	32,6	36,1	46,5	52,0	53,8
zusammen	61,3	63,1	65,1	77,0	82,0	83,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hg.) 2003:38ff

In allen Varianten wird sich der Altenquotient erheblich erhöhen; bei einer Altersgrenze von 60 Jahren wird er im günstigsten Fall von 44 auf 75% anwachsen; im ungünstigsten Fall wird er 2050 sogar die 80%-Marke überstiegen. Bei einer Altersgrenze von 65 Jahren wird der Altenquotient von 27,5 je nach Variante auf 54, 55 oder 56% ansteigen; es kommt also zu einer Verdoppelung.

Da bei dem Gesamtquotienten die (numerischen) Entlastungen durch den sinkenden Jugendquotienten einbezogen werden, kommt es hier bei einer Altersgrenze von 65 Jahren zu einer Steigerung von 61 auf 84 oder 86%.

b) regionalspezifische Prognosen

Die Bevölkerungsprognose des LDS-NRW rechnet auf Kreisbasis wichtige demographische Daten bis zum Jahr 2020 hoch; auf Landesebene wird eine Hochrechnung bis zum Jahr 2040 angestellt. Die Prognose beruht auf bestimmten Annahmen zu den Komponenten der ›natürlichen‹²² und der ›räumlichen‹²³ Bevölkerungsbewegung.

²² Es werden die jahrgangs- und kreisspezifischen Geburtswahrscheinlichkeiten sowie die jahrgangs- und landesspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1995 bis 1999 zugrunde gelegt. Auf Landesebene entspricht dem eine zusammengefasste Geburtenziffer von 1,4. Darüber hinaus werden eine bestimmte Sterblichkeit im Jahr der Geburt und eine bestimmte Geschlechterproportion angenommen. Mit Ausnahme der Sterbewahrscheinlichkeiten werden alle Parameter im Prognosezeitraum konstant gehalten.

Während die Annahmen zur ›natürlichen‹ Bevölkerungsbewegung durch die längerfristig geringen Veränderungen der Geburtenziffer gestützt sind, sind die Annahmen zu den Wanderungsprozessen weit stärker von den sich verändernden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig²⁴.

Unter diesen Voraussetzungen wird bis zum Jahre 2022 das bestehende Bevölkerungsniveau (+/- 1 %) gehalten. Danach setzt ein deutlicher Rückgang ein, so dass im Jahr 2040 eine Bevölkerungszahl von 16,9 Millionen erreicht wird; mithin ein Bevölkerungsrückgang um annähernd 1,2 Mio. Einwohner auf dann 93% der Bevölkerung des Jahres 2002.

Tab. 17: Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen

Zeitraum von ... bis ...	Bevölkerung am Beginn des Berichts- zeitraums Anzahl	Ent- wicklung %	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Veränderung	
				Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortgezogenen (-) Anzahl	insgesamt
2002 - 2004	18.052.092	100,0%	-85.100	111.000	25.900
2005 - 2009	18.078.000	100,1%	-189.500	185.000	-4.500
2010 - 2014	18.073.500	100,1%	-212.500	185.000	-27.500
2015 - 2019	18.046.000	100,0%	-280.700	185.000	-95.700
2020 - 2029	17.950.300	99,4%	-788.900	370.000	-418.900
2030 - 2039	17.531.400	97,1%	-1.043.900	370.000	-673.900
2040	16.857.500	93,4%			

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (NRW 2004:7), eigene Berechnungen

Während der Bevölkerungsrückgang auf Landesebene in diesem Zeitraum noch recht moderat ausfällt, stellen sich erhebliche Veränderungen in der Altersstruktur ein. Bis 2040 wächst der Anteil der Über-60-Jährigen von 24 auf 32%. Der Anteil der Unter-40-Jährigen geht von 49 auf 41% zurück. Der Altersquotient²⁵ erhöht sich von 44 auf 63%; deutlich geringer fällt dieser Quotient aus, wenn ein Rentenalter von 65 Jahren angenommen wird; dann steigt der modifizierte Altersquotient von 28 auf 47%.

²³ Für die Modellierung der räumlichen Bevölkerungsbewegungen werden die (überarbeiteten) geschlechtsspezifischen Wanderungsbewegungen zwischen den Kreisen in den Jahren 1995 bis 1999 zugrunde gelegt. Bei den Wanderungen im Bundesgebiet wird ein Wanderungsverlust an die alten Bundesländer (10.000) und ein Wanderungsgewinn (7000) aus den neuen Bundesländern angenommen. Zudem wird für die Wanderungsbewegungen über die Bundesgrenzen von einem jährlichen Zuzug von 22.000 Aussiedlern, einem Wanderungsgewinn von 23.000 Nicht-Deutschen und einer jährlichen Abwanderung von 5.000 Deutschen ausgegangen.

²⁴ Zu diesen Annahmen wird angemerkt: »Wanderungen: Im Vergleich zu den Komponenten der „natürlichen Bevölkerungsbewegung“ – also den Geburten und Sterbefällen – sind die Wanderungsannahmen mit einem ungleich höheren Prognoserisiko behaftet. Während sich die Geburten- und Sterbeziffern, wenn überhaupt, nur in Form einer längerfristigen Niveauverschiebung ändern, können bei den Wanderungen auch kurzfristige, nicht vorhersehbare Einflüsse oder Ereignisse zu deutlich veränderten Zu- und Fortzugszahlen führen« (http://www.lids.nrw.de/statistik/jahresbericht2004/pk_prognose_text.pdf).

²⁵ Der Anteil der Über-60-Jährigen an den 19-60-Jährigen.

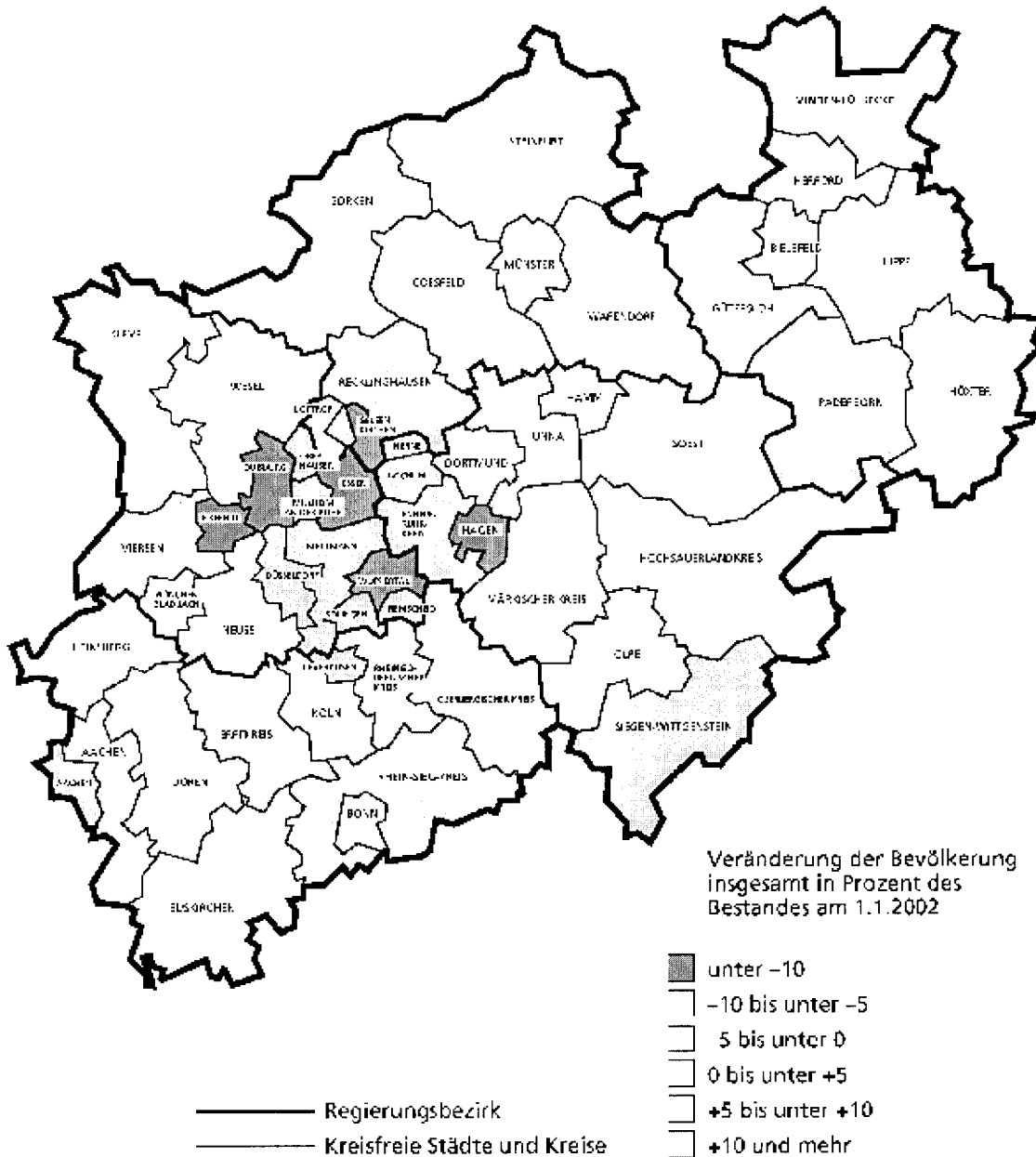
Tab. 18: Entwicklung der Altersstruktur in Nordrhein-Westfalen

	Bevölkerungs- entwicklung	Altersstruktur				
		-20 Jahre	20-40 Jahre	40-60 Jahre	60-80 Jahre	80 J. u. älter
NRW gesamt						
2002	100,0%	21,5%	27,8%	26,5%	20,4%	3,9%
2010	100,1%	19,9%	24,3%	30,5%	20,2%	5,1%
2020	99,4%	18,2%	25,2%	28,5%	21,3%	6,8%
2030	97,1%	18,4%	24,1%	24,9%	25,8%	6,8%
2040	93,4%	18,1%	23,1%	26,7%	24,2%	7,9%
NRW Städte						
2002	100,0%	19,4%	28,8%	26,5%	21,1%	4,2%
2010	97,0%	18,1%	25,2%	30,4%	20,8%	5,4%
2020	93,5%	16,6%	26,3%	28,5%	21,6%	7,0%
NRW Kreise						
2002	100,0%	22,9%	27,1%	26,5%	19,9%	3,6%
2010	102,3%	21,1%	23,6%	30,6%	19,7%	5,0%
2020	103,6%	19,2%	24,5%	28,4%	21,1%	6,8%
Reg. Bez. Düsseldorf						
2002	100,0%	20,4%	27,1%	27,1%	21,4%	4,0%
2010	97,9%	18,9%	23,4%	30,9%	21,5%	5,4%
2020	94,6%	17,1%	24,5%	28,5%	22,5%	7,4%
Reg. Bez. Köln						
2002	100,0%	21,1%	28,9%	26,8%	19,6%	3,6%
2010	101,8%	19,7%	25,0%	30,8%	19,6%	4,8%
2020	103,0%	18,1%	25,8%	29,0%	20,7%	6,5%
Reg. Bez. Münster						
2002	100,0%	23,1%	28,2%	25,8%	19,4%	3,5%
2010	100,9%	21,1%	24,5%	30,4%	19,0%	5,0%
2020	100,9%	19,0%	25,2%	28,4%	20,9%	6,5%
Reg. Bez. Detmold						
2002	100,0%	23,3%	27,6%	25,1%	19,9%	4,2%
2010	102,7%	21,8%	25,0%	29,3%	18,8%	5,1%
2020	105,6%	20,2%	26,0%	27,7%	19,7%	6,4%
Reg. Bez. Arnsberg						
2002	100,0%	21,4%	27,3%	26,5%	20,9%	3,9%
2010	99,3%	19,6%	24,1%	30,4%	20,6%	5,3%
2020	97,8%	18,0%	24,8%	28,3%	21,8%	7,0%

Quelle: Daten der LDS-Bevölkerungsprognose, eigene Berechnungen

Die landesweiten Veränderungen in der Bevölkerungszahl, die bis 2040 noch recht moderat ausfallen, stellen sich auf der Kreisebene weitaus problematischer dar. Während es in den Kreisen bis 2020 zu einem Wachstum von 3,6% kommt, geht die Bevölkerung in den kreisfreien Städten auf 93,4% zurück. Dementsprechend kommt es in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg bereits bis 2020 zu einem Bevölkerungsrückgang auf 94,6 bzw. 97,8%. In den Regierungsbezirken Köln und Detmold sind demgegenüber Zuwächse um 3 bzw. 5,6% zu verzeichnen.

Abb. 6: Regionale Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen 2002 bis 2020

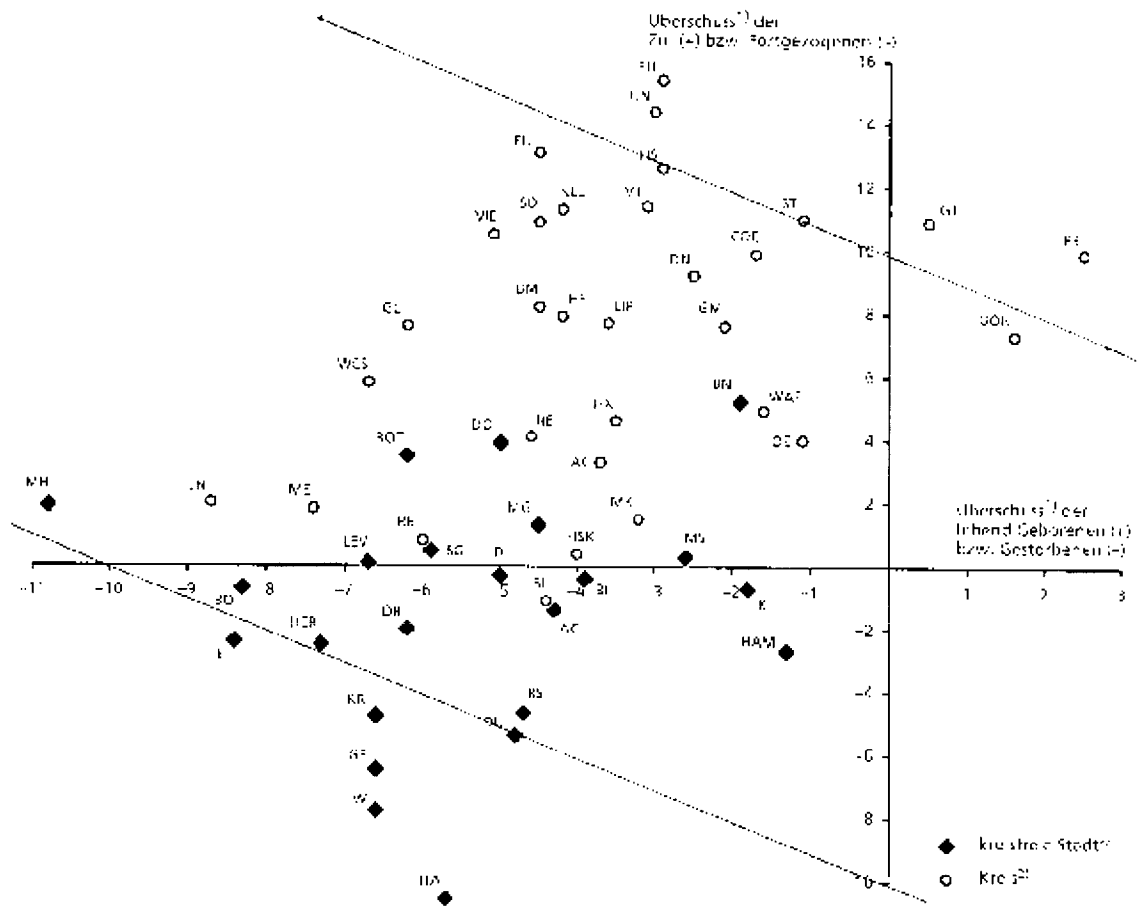


In einzelnen Städten geht die Bevölkerung um mehr als 10% zurück: Hagen (-16,3 %), Wuppertal (-14,3 %), Gelsenkirchen (-13,2 %), Krefeld (-11,4 %), Essen (-10,8 %) und Duisburg (-10,2 %). Demgegenüber finden sich in anderen Kreisen Zuwächse um 10% und mehr: Rhein-Sieg (+12,5 %), Paderborn (+12,4 %), Gütersloh (+11,4 %), Unna (+11,4 %), Steinfurt (+9,9 %), Heinsberg (+9,7 %).

Diese kreisspezifischen Entwicklungen setzten sich aus ›natürlichen‹ und wanderungsbedingten Effekten zusammen. Während die Zuwächse z.B. in Paderborn sowohl auf ›natürliche‹ wie auf wanderungsbedingte Zuwächse zurückgehen, sind sie in Unna allein den wanderungsbedingten Zuwächsen geschuldet, die die ›natürliche‹ Bewegung mehr als kompensieren können²⁶.

²⁶ Die Hilfslinien grenzen die Kreise ab, in denen die Bevölkerungszuwächse bzw. -verluste mehr als 10% betragen.

Abb. 7: Komponenten der regionalen Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2020



Quelle: LDS, NRW http://www.presservice.nrw.de/01_textdienst/12_reden/2004/q2/bevoelkerungsentwicklung_regional.pdf

Umgekehrt sind die Bevölkerungsverluste in Bochum ausschließlich den ›natürlichen‹ Faktoren geschuldet, während sie z.B. in Hagen neben den ›natürlichen‹ Verlusten insbesondere auf Wanderungsverluste zurückgehen.

c) Zur Einschätzung der demographischen Prognosen

- Die Prognosen zur demographischen Entwicklung umreißen einen Korridor, in dem in Zukunft mit demographischen Problemen zu rechnen ist; relativ präzise können in einem mittleren Zeithorizont für größere räumliche Einheiten die Bevölkerungsgröße und die Altersstruktur prognostiziert werden.
- Entscheidend sind die getroffenen Annahmen zu den Geburtenziffern, den Wanderungsbewegungen (über die Bundesgrenzen bei regionalisierten Prognosen auch über die Landes- oder Kreisgrenzen) und zur Entwicklung der Lebenserwartung. Die Annahmen zur Geburtenziffer werden mit der relativen Konstanz dieser Ziffern begründet, die sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten eingestellt hat. Betrachtet man jedoch die Unterschiede in den Geburtenziffern vergleichbarer europäischer Länder bzw. die dort zu beobachtenden Schwankungen der Geburtenziffer, dann ist mittelfristig auch ein Anstieg der Geburtenziffer

denkbar. Die Annahmen zu den Wanderungsbewegungen werden mit den Erfahrungen der vergangenen Jahre begründet; sie sind jedoch in hohem Maße von politischen Entscheidungen oder auch von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Vor diesem Hintergrund können sich hier, wie in der Vergangenheit zu beobachten, erhebliche Veränderungen durchaus kurzfristig einstellen.

- Die Vielzahl der zu treffenden Annahmen und die starke Beeinflussung durch die vergleichsweise schlechter prognostizierbaren Wanderungsbewegungen²⁷ machen die regionalspezifischen Prognosen grundsätzlich unsicherer als die mit relativ wenig Spezifikationen arbeitende Prognose des Statistischen Bundesamtes.

²⁷ Das wird an der Skalierung der Achsen in Abb. 7 erkennbar.

V. Anhang

1. Literatur

- Bach, Stefan/ Bork, Christhart/ Krimmer, Pascal/ Raffelhüschen, Bernd/ Schulz, Erika 2002: Demographischer Wandel und Steueraufkommen, in: DIW-Materialien, Nr. 20
- Becker, Gary S. 1960: An economic analysis of fertility, in: Coale, A. (ed.), Demographic and Economic Change in Developed Countries, Princeton: Princeton University Press, Princeton. onomic Literature 12, S. 563-585
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) Aktionsplan: 2003: Die demographische Bedrohung meistern. Erarbeitung eines nationalen integrierten Aktionsplans, Gütersloh
- Bien, Walter / Marbach, Jan H. (Hrsg.) 2003: Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey, In: DJS: Familien-Survey Band 11, Leske + Budrich, Opladen 2003
- Birg, Herwig 2001: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Bielefeld
- Birg, Herwig 2001: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München: Beck
- Blancke, Susanne/ Roth, Christian/ Schmid, Josef 1999: Employability als Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Individuum Konzept- und Literaturstudie, Tübingen
- Bongaarts, John 1998: Fertility and reproductive preferences in post-transitional societies, in: Population Council (New York). Policy Research Division. Working Paper no. 114
- Bosch, Gerhard 2004: Demographischer Wandel, Arbeitsmarkt und Zuwanderung: Vortrag beim Kolloquium zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik
- Buck, Hartmut/ Kistler, Ernst/ Mendius, Hans Gerhard 2002: Demographischer Wandel in der Arbeitswelt. Chancen für eine innovative Arbeitsgestaltung, Stuttgart
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2001: Alter und Gesellschaft. Dritter Altenbericht, Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2002: Vierter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen, Berlin
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung/ Rürup-Kommission : Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) 2000: frauen leben. Studie zu Lebensläufen und Familienplanung – Kurzfassung
- Enquete-Kommission Demographischer Wandel 1998: Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission Demographischer Wandel, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11460

- Esser, Hartmut 2001: Integration und ethnische Schichtung. Gutachten im Auftrag der unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Mannheim
- Fischer, Ivonne 2001: Ethnische Ökonomie zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile?, Unveröffentlichte Diplomarbeit an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund. Dortmund
- Flöthmann, E.-Jürgen o.J.: Binnenmigration und lokale Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Bielefeld
- Goldmann, Monika / Mütherich, Birgit/ Stackelbeck, Martina/ Tech, Daniel (Hrsg.) 2003: Projektdokumentation Gender Mainstreaming und Demographischer Wandel, Dortmund
- Goldstein, Joshua/ Wolfgang Lutz/ Maria Rita Testa 2003: The Emergence of Sub-Replacement Family Size Ideals in Europe, in: European Demographic Research Papers (Vienna Institute of Demography), Nr. 3
- Gornig, Martin/ Görzig, Bernd/ Schulz, Erika 1998: Beschäftigung und Bevölkerung in den Bundesländern. Modellprojektionen bis zum Jahr 2010, in: Arbeitspapiere Nr. 7/98 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
- Grünheid, Evelyn/ Mammey Ulrich 1997: Bericht 1997 über die demographische Lage in Deutschland, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 4/1997, S. 377-480
- Gürtler, Martin : Demographischer Wandel - Herausforderung für die Kommunen - Auswirkungen auf Infrastruktur und Kommunalfinanzen, TAURUS – Diskussionspapier Nr. 8
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter 2001: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Berlin / Oldenburg
- Hein, Eckardt/ Mülhaupt, Bernd/ Truger, Achim 2004: WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?., in: WSI Mitteilungen, 6/2004, 57. Jg., S. 291-305
- Hillmann, Felicitas 2000: Ethnisierung oder Internationalisierung? Ethnische Ökonomien als Schnittpunkte von Migrationssystem und Arbeitsmarkt in Berlin, in: Ethnisierung und Ökonomie, PROKLA 120, S. 415-432
- Hof, Bernd 2001: Auswirkungen und Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., PKV-Dokumentation 24
- Hullen, Gert 2003: Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland. Längsschnittanalysen der deutschen Family and Fertility Surveys, Wiesbaden
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen ILS (Hrsg.)/ Austermann, Klaus / Zimmer-Hegmann, Ralf 2001: Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, ILS-Schriften 166; Dortmund: Selbstverlag
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) 2002: Demographische Entwicklung - Schrumpfende Stadt. Bericht für die Sitzung des ILS-Beirates am 13. Februar 2002, Dortmund
- Kaufmann, Franz-Xaver 1997: Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/M.: Suhrkamp

- Kaufmann, Franz-Xaver 2003: Bevölkerungsrückgang. Tabu oder Investitionslücke, Vortrag, KWI Essen, 26.5.2003
- Kaufmann, Franz-Xaver o.J.: Familienpolitik, Berlin-Institut für Weltbevölkerung (http://www.berlin-institut.org/pages/fs/fs_archiv.html)
- Kommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ 2003: Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft. Bericht der von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzten Kommission, Düsseldorf
- Läßle, Dieter 2000: Städte im Spannungsfeld zwischen globaler und lokaler Entwicklungsdynamik, in: ILS (Hrsg.), Lokale sozioökonomische Strategien in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund, S. 19 - 31
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2004: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Statistischer Jahresbericht 2003, Düsseldorf
- Leibenstein, Harvey 1957: Economic Backwardness and Economic Growth, Studies in the Theory of Economic Development, New York, London: J.Wiley & Sons and Chapman & Hall
- Leibenstein, Harvey 1974: An interpretation of the economic theory of fertility. Promising path or blind alley?, in: Journal of Economic Literature 12, S. 563-585
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung, Düsseldorf
- Mueller, Ulrich / Nauck, Bernhard / Diekmann, Andreas 2000: Handbuch der Demographie, Berlin u.a.: Springer-Verlag
- Nauck, Bernhard 2001: Der Wert von Kindern für ihre Eltern. Value of Children als spezielle Handlungstheorie des generativen Verhaltens, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 53, Heft 3, S.407-435
- Nauck, Bernhard 2001: Intergeneratives Verhalten und Selbstethnisierung von Zuwanderern . Gutachten im Auftrag der unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Chemnitz
- Ott, Notburga 1997: Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hg.), Gary Beckers ökonomischer Imperativ, Tübingen: Mohr Siebeck
- Pack, Jochen/ Buck, Hartmut/ Kistler, Ernst/ Mendius, Hans Gerhard/ Morschhäuser, Martina/ Wolff, Heimfrid 2000: Zukunftsreport demographischer Wandel - Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft, Bonn
- Prognos 1998: Auswirkung veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland, Basel: Prognos
- Prognos 2001: Zuwanderung und Wohlstandswirkungen. Gutachten im Auftrag der unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Basel
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung 2001: Berufliche Integration von Zuwanderern Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ beim Bundesminister des Innern, Essen
- Rürup, Bert/ Gruescu, Sandra 2003: Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

- Scherr, Albert 2000: Ethnisierung als Ressource und Praxis, in: Ethnisierung und Ökonomie, Prokla 120, S. 399-414
- Schmitt, Christian 2004: Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), Berlin, DIW-Materialien
- Schwarz, Karl 1997: 100 Jahre Geburtenentwicklung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 4
- Seifert, Wolfgang 2001: Berufliche Integration von Zuwanderern in Deutschland. Gutachten für die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ beim Bundesministerium des Inneren, Düsseldorf, März
- Sen, Amartya 2000: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München, Wien: Carl Hanser
- Stark, Laura/ Kohler, Hans-Peter 2000: The Public Perception and Discussion of Falling Birth Rates. The Recent Debate Over Low Fertility in the Popular Press, in: MPIDR Working Paper 2000-009
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 2003: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden
- Stiller, Silvia 1998: Konsumeffekte demographischer Veränderungen/ Eine Simulationsanalyse für die Bundesrepublik Deutschland, HWWA-Diskussionspapier, 69
- Strohmeier, Klaus Peter 2002a: Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Gutachten im Auftrag der Projekt Ruhr GmbH, Essen, Bochum
- Strohmeier, Klaus-Peter 2002b: Familienpolitik und Familienleben in Europa, in: Dobritz, J. und J. Otto (Hrsg.), Familienpolitik und Familienstrukturen, Wiesbaden: BiB
- Strohmeier, Peter/ Zimmer-Hegmann, Ralf/ Kersting, Volker/ Mielke, Bernd 2004: Städte und Regionalmonitoring - Gutachten für die Enquetekommission "Zukunft der Städte in NRW" des Landtags Nordrhein-Westfalen
- Ulrich, Ralf 2001: Die zukünftige Bevölkerungsstruktur Deutschlands nach Alter, Staatsangehörigkeit, Geburtsort und ethnischer Herkunft: Prognose und Modellrechnung bis 2050, Berlin, Windhoek
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001: Zuwanderung gestalten - Integration fördern, Bericht der Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Berlin
- Wahl, Stefanie 2003: Geburtenverhalten in Deutschland und anderen ausgewählten Ländern, Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn
- Wentzel, Dirk 1997: Familienökonomik zwischen Eigennutz und Sympathie, in: Pies, Ingo/ Leschke, Martin (Hg.), Gary Beckers ökonomischer Imperativ, Tübingen: Mohr Siebeck
- Wichmann, Manfred 2004: Das Kennzahlensystem "Demographische Entwicklung", in: Demographischer Wandel. Leitfaden, Düsseldorf, Städte- und Gemeindebund NRW
- Yavuzcan, Ismail H. 2003: Ethnische Ökonomie. Zur Ausformung ethnischen Unternehmertums von Türken und Iranern in personalen Beziehungen, Hamburg: Dr. Kovac

- Zentrum für Türkeistudien 2001: Intergeneratives Verhalten und (Selbst-)Ethnisierung von türkischen Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der unabhängigen Kommission "Zuwanderung", Essen

2. Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Abb. 1: Endgültige Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865 - 1967 in Deutschland und die für den Ersatz der Elterngenerationen notwendige Kinderzahl.....	57
Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffern der deutschen und ausländischen Frauen – Früheres Bundesgebiet bzw. ab 1991 Deutschland.....	60
Abb. 3: Anteil der Frauen ohne Kinder im Haushalt unter den 35 bis 39-jährigen deutschen Frauen nach höchster abgeschlossener Schul- und Berufsausbildung 2000.....	62
Abb. 4: Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Geburtskohorten).....	64
Abb. 5: Anteil kinderloser Frauen (Geburtskohorten 1935 und 1955).....	66
Abb. 6: Regionale Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen 2002 bis 2020....	82
Abb. 7: Komponenten der regionalen Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2002 bis 2020.....	83
Tab. 1: Indikatoren der Geburtenentwicklung 1950-2001	58
Tab. 2: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 1940 bis 1965 geborenen Frauen.....	59
Tab. 3: Anteil der Kinderlosen nach Bundesgebiet (Ost/ West).....	60
Tab. 4: Durchschnittliche Zahl der Kinder in Haushalten von Ehefrauen im Alter von 35 bis 39 Jahren nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	61
Tab. 5: Anteil der Kinderlosen nach Ausbildungsniveau und Berufsgruppe	62
Tab. 6: Anteil der Kinderlosen nach Bundesland	63
Tab. 7: Endgültige Geburtenziffern (EU-Vergleich)	65
Tab. 8: Eckdaten zu den Außenwanderungen in Deutschland	71
Tab. 9: Eckdaten zu den Binnenwanderungen in Deutschland (alte und neue Bundesländer)	72
Tab. 10: Lebenserwartung bei Geburt und im Alter von 65 Jahren ()	73
Tab. 11: Durchschnittliche fernere Lebenserwartung in Deutschland	73
Tab. 12: Bevölkerung 1871 – 2002 nach Regierungsbezirken.....	74
Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung 1988-2002	75
Tab. 14: Geburtenziffer der 18-45 jährigen Frauen 2003.....	77
Tab. 15: Entwicklung der Bevölkerungszahl (10. koordinierte Bevölkerungsprognose).....	78
Tab. 16: Jugend-, Alten-, Gesamtquotient (10. koordinierte Bevölkerungsprognose).....	79
Tab. 17: Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.....	80
Tab. 18: Entwicklung der Altersstruktur in Nordrhein-Westfalen.....	81